zeilen zu verkünden: „Arbeit wächst langsam zu", weil in der Woche zum 15. März die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus der Versicherung um 50 000 zurückgegangen ist. Das liegt nämlich daran, daß sie ausgesteuert sind und in die Krisenfürsorge, resp. in die „Wohlfahrt" abgeschoben wurden. Wie nämlich der Deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zahl der den Städten aufgehalsten Ausgesteuerten in den letzten Wochen um mehr als 100 000 emporgeschnellt.

Aus der Internationale

Obstruktion in Oesterreich

Wien, Mitte März.

Die Offensive der Bourgeoisie, die wir in unserem letzten Artikel angekündigt haben, ist unterdessen eingetreten. Die Regierung hat eine Gesetzvorlage „zum Schutz gegen Nötigung" eingebracht, über die nun im Justizausschuß beraten wird. Es handelt sich hier um das berüchtigte „Antiterrorgesetz", das eine Form erhalten hat, die an Radikalismus alle bisherigen Versuche in dieser Richtung in den Schatten stellt. Hätte das Proletariat nur ein Zehntel des Klassenkampfgeistes der Bourgeoisie, so gäbe es keine Bourgeoisie mehr. Nach diesem Gesetz sollen Arbeiter, die einen Arbeitskollegen „nötigen", einer bestimmten Organisation anzugehören oder nicht anzugehören, bis zu einem halben Jahre eingesperrt werden. Dazu kommt eine neue Bestimmung, wonach die Kollektivverträge nur für die Mitglieder der Gewerkschaften gültig sein sollen, für die Nichtmitglieder aber nicht. In diesen Gesetzen will sich die Bourgeoisie das Mittel zur vollständigen Knebelung der österreichischen Arbeiter schaffen. Die Heimwehrbewegung hat tausende Bauernburschen, entwurzelte Existenzen aller Art und städtische Lumpenproletarier zusammengezogen, die man in der Industrie verwenden will. Sie sollen als Spitzel, Streikbrecher und Lohndrücker in die Betriebe kommen, um jede Abwehr gegen die von der Bourgeoisie geplanten Knillöhne unmöglich zu machen. Verlangen die Arbeiter die Entfernung der Spitzel aus den Betrieben oder verlangen sie den Eintritt des Lohndrückers, der unter dem Kollektivlohn arbeitet, in die Gewerkschaft, so fallen sie eben unter die Strafbestimmungen des Antiterrorgesetzes und wandern in den Kerker. Die Streikenden werden auf diese Weise legalisiert. Streiks sind so gut wie ausgeschlossen und jede Stabilisierung des Lohnniveaus erledigt sich von selbst, da der Unternehmer immer unorganisierte Arbeitslose findet, die auch tief unter dem vertraglichen Lohn arbeiten. Die Zertrümmerung der Arbeitslosenunterstützung, Herabsetzung auf das Minimum eines Minimums soll dann natürlich folgen und das Werk vollenden. Es ist aus mit der Liebe zu den freien Gewerkschaften, dem Bourgeois von heute sind sogar diese urreformistischen Gebilde viel zu radikal, sie sollen vernichtet werden. Der Gelbe soll das vorherrschende Element im Betrieb werden, die mechanisierte Arbeit von heute kann auch ein Heimwehrbursche verrichten, die „roten" Arbeiter sollen schließlich ganz aus den Betrieben verdrängt, arbeitslos gemacht und bei guter Gelegenheit zusammengeschossen werden. So ungefähr stellt sich das Bürgertum die Zukunft Oesterreichs vor. Die Sozialdemokratie ist ganz verdattert, auf einen solchen Sturmangriff war sie nicht gefaßt. Niederknüppelung der Arbeiter, das ist noch nicht das Aergste, aber die Vernichtung der Arbeiterorganisationen, Verdrängung von Partei und Gewerkschaft aus den Betrieben das macht den Apparat selbst arbeitslos und hier muß natürlich etwas geschehen. So greifen die Sozialdemokraten zu dem äußersten Mittel, das eine parlamentarische Partei besitzt, zur Obstruktion. Dieses Kampfmittel, das allerdings keine Kleinigkeit ist, besteht darin, alle Sitzungen des Ausschusses mit Dauerreden vollständig auszufüllen, so daß die Vorlage niemals fertiggestellt werden kann. Schon beim Kampf um den Mieterschutz haben die Sozialdemokraten dieses Mittel angewendet, schließlich ist ihnen aber doch bei ihren Dauerreden der Atem ausgegangen und sie haben den halben Mieterschutz preisgegeben, und zwar unter dem Druck des Faschismus, der weniger geredet als gehandelt hat. Wie lange der Atem diesmal vorhalten wird, weiß man nicht, vorderhand wird jedenfalls geredet und die Sozialdemokraten haben einmal Gelegenheit, sich so recht auszureden und ihr kleinbürgerliches Herz ganz auszuschütten. Otto Bauer setzte auseinander, daß die Nötigung zur Organisation nicht nur bei den Arbeitern besteht, sondern in allen Schichten der Gesellschaft. Auch der Arzt, der Advokat usw. muß der Aerztekammer, der Advokatenkammer angehören, sich ihren Bestimmungen fügen und kann sich nicht über Terror beklagen. Die Kartelle der Unternehmer üben einen viel ärgeren Terror aus als die Gewerkschaften. Ein Unternehmer, der sich dem Kartell nicht anschließen will, wird mit allen Mitteln bekämpft, er erhält kein Material, er darf seine Produkte nicht absetzen usw. Die Sozialdemokraten werden ein Kartellgesetz verlangen, wonach dieser Terror der Kartelle gegen die Außenseiter strafbar sein soll. Dieses „Kartellgesetz" gewährt einen tiefen Einblick in das kleinbürgerliche Innere der Sozialdemokratie. Der Kartell und Trustkapitalismus stellt gegenüber dem alten Konkurrenzkapitalismus die höhere Stufe der Entwicklung dar. Die fortschreitende Vertrustung werden die vereinigten Kleinbürger der ganzen Welt so wenig verhindern können, wie die Kerze die Glühbirne verhindern konnte. Der Trustkapitalismus ist eine notwendige Vorstufe zum Kommunismus. Die Arbeiter haben durch revolutionäre Aktion die Entwicklung vorwärts zu treiben zum Kommunismus und nicht rückwärts tastend für die gute gute alte Zeit der Kleinbürger zu kämpfen.

Die Bourgeoisie ist ihrerseits über die Obstruktion ein wenig erstaunt. Eigentlich hat man von der Sozialdemokratie überhaupt keinen Widerstand mehr erwartet. Seipel droht mit wieder mit Gewalt, obwohl seine Heimwehren anzenblicklich nicht besonders glanzvoll dastehen. In einer Unzahl von Korruptionsaffären haben sie eine Gestankwolke losgelassen, die die ganze Heimat zu ersticken droht. In dieser Wolke zelebriert nun der Oberpriester seine neueste Politik. Nicht ernst Bürgerkrieg spielen, denn das erlauben einstweilen die ausländischen Mächte nicht, aber die „Roten" mit dem Bürgerkrieg zu schrecken, damit sie nachgeben. In einer Versammlung erklärte er, daß die Sozialdemokratie in der Sache des Antiterrorrestzes wieder einmal eine „Nachhilfe" brauche durch die Heimwehr. Der Sozialdemokratie fällt es natürlich nicht ein, darauf zu erwidern, daß sie Herrn Seipel mit der „Nachhilfe" der bewaffneten Arbeiterschaft kommen wird, denn so sehr sie auch den Faschismus fürchtet, noch mehr fürchtet sie, daß das Proletariat einmal aufstehen könnte.

Problème tschechischer Arbeiterbewegung

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Wie auf der ganzen Welt die Schwindelkonjunktur, der Jahre 1927—1929 einer furchtbaren Krise weichen mußte, so auch in der Tschechoslowakei. Das Jahr 1929 war weitaus das günstigste seit Bestand dieses Staates, und während schon in allen Nachbarstaaten die Krise mit voller Heftigkeit eingesetzt hatte, erfreute sich die tschechoslowakische Wirtschaft noch immer einer gewissen Prosperität, die erst im letzten Quartal 1929 in Dehnktur und Krise umschlug.

Das hatte verschiedene Ursachen. Die Rationalisierung, die in allen anderen Industrieländern schon 1928 beendet war, setzte in der Tschechoslowakei erst in diesem Jahre in voller Schärfe ein und begann noch unvollendet im Jahre 1929 ihre ersten und wohl auch letzten Früchte abzuwerfen. Tatsache ist, daß im Jahre 1929 das Vorkriegsniveau der industriellen Produktion wie des Außenhandels weit überschritten wurde.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß schon in der Zeit der größten wirtschaftlichen Prosperität die tschechoslowakische Textilindustrie, neben der englischen die größte Europas, eine schwere Krise durchmachte, die wohl teilweise auf die Errichtung von Textilfabriken in den Kolonien, teilweise auf Kunstseiden-Konkurrenz und nicht zuletzt auch auf die verspätete Rationalisierung zurückzuführen ist. Viele Textilfabriken mußten und müssen reduzieren, einige gänzlich einstellen. (Mautner-A.-G.) Schon dadurch wurden einige tausend Arbeiter aufs Pflaster geworfen. Der zweite äußerst interessante Faktor ist die Agrarfrage, die Landwirtschaftskrise und die dazu gehörige Krise der Zuckerindustrie.

Die Tschechoslowakei war einst der größte Rübenzuckerproduzent der Welt. Schon in der Kriegszeit, noch mehr aber in der Nachkriegszeit entstand beim Hauptabnehmer, Deutschland, eine eigene exportfähige Zuckerindustrie und von Java, Kuba und den Antilen machte sich erfolgreich die Konkurrenz des inzwischen in hochwertigen und veredelten Arten gezüchteten Zuckerrohrs geltend. Selbst Ausfuhrprämien, Zuckersteuern im Inland vermochten die Zuckerindustrie nicht zu retten, und wieder war die Folge Reduktionen und Betriebseinstellungen, wieder ein Arbeitslosenheer. Das alles noch in der Zeit der Hochkonjunktur. Aber gerade die Zuckerfrage gab in ihren Auswirkungen zu dem Ereignis Anstoß, das die ganze Krise auszulösen schien, zur Agrarkrise.

Durch den Rückgang der Zuckerproduktion sahen sich die Rübenbauern gezwungen, weite Anbauflächen von nun an mit Weizen und Roggen zu bestellen, und die mühsam im System von Schutzzöllen und Ausfuhrprämien, Einfuhrbeschränkungen und Subventionen auf Weltmarktshöhe gehaltenen Getreidepreise (die Differenz zwischen Ertrag und Preis trug das Proletariat) kamen ins Gleiten und sanken, — obwohl die Tschechoslowakei als vorwiegend industrielles Land nicht in der Lage ist, den eigenen Getreidebedarf voll zu decken — unter Weltmarktparität.

In voller Schärfe zeigte sich die Agrarkrise im Oktober 1929 und dauert bis heute an. Es ist mehr als fraglich, ob Einfuhrverbote der Landwirtschaft auf die Beine helfen können. Die Landwirtschaftskrise gliedert sich in verschiedene Teile. In erster Linie ist sie wohl Konsumkrise, da der rationalisierte Profit eben nicht kaufkräftig genug ist; dann auch, da das tschechoslowakische Getreide tief unter der Qualität des amerikanischen und ungarischen steht. Man laboriert nun durch die merkwürdigsten Gesetze und Vorschläge an der Agrarkrise. So entstand ein Gesetz über die obligatorischen Zusätze von Roggenmehl zu Brot, wobei die Gesetzgeber zu vergessen schienen, daß dann eben die Weizenkrise weiter verschärft würde. Natürlich hatte die Agrarkrise zur Folge, daß der Konsum unter der Landbevölkerung sank, sie wurde damit zur Absatzkrise des Inlandmarktes, führte zur teilweisen Industriekrise, die wieder durch sinkende Löhne, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zur Absatzkrise beim Proletariat wurde, kurz, der bekannte Krisenkreislauf.

Nun aber brach im Oktober 1929 die Weltabsatzkrise auch über die für die Tschechoslowakei lebenswichtigen Wirtschaftskomplexe: Glas, Eisen, Kohle (Textil schon vordem) herein und legte diese Zweige lahm und führte zu einer Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig in einem Staat von 15 Millionen Einwohnern das 8. Hunderttausend überschritten hat. Den Verlauf der Krise und die Entstehung der Arbeitslosigkeit zu schildern, wird Aufgabe des nächsten Artikels sein.

Bücher-Ecke

Marxistische Bibliothek.

Band 1. N. Lenin: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus". Leinen 2,50 Mk.
Band 2. N. Bucharin: „Die politische Oekonomie des Rentners". Leinen 4,— Mk.
Band 3. Fr. Engels: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie". Leinen 2,50 Mk.
Band 4. „Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär" (Ein Sammelbuch, herausgegeben von D. Riazanow). Leinen 3,50 Mk.
Band 5. J. Stalin: „Probleme des Leninismus". Leinen 4,50 Mk.
Band 5a. J. Stalin: „Probleme des Leninismus". (Zweite Folge.) Leinen 4,— Mk.
Band 6. J. Stalin: „Auf dem Wege zum Oktober". (Reden und Artikel von Februar bis Oktober 1917.) Leinen 3,50 Mk.
Band 7. K. Marx: „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte". Leinen 3,— Mk.
Band 8. N. Lenin: „Agitation und Propaganda". Leinen 3,— Mk.
Band 9. N. Bucharin: „Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals". Leinen 3,— Mk.
Band 10. N. Lenin: „Ueber Gewerkschaften". Leinen 3,— Mk.
Band 11. Th. Rothstein: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England". Leinen 5,50 Mk.
Band 12. N. Bucharin: „Imperialismus und Weltwirtschaft". Leinen 3,50 Mk.
Band 13. „Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus". (Mit einer Einleitung von Hermann Danker.) Leinen 3,— Mk.
Band 14. A. Thalheimer: „Einführung in den dialektischen Materialismus". Leinen 3,— Mk.
Band 15. J. Luppol: „Lenin und die Philosophie". Leinen 4,— Mk.
Band 17. M. N. Prokrowski: „Historische Aufsätze". Leinen 3,— Mk.
Band 18. Lenin-Plechanow: „Briefwechsel zur Geschichte des Marxismus". (Ein Sammelband.) Leinen 3,— Mk.
Band 19. N. Lenin: „Staat und Revolution". Leinen 2,50 Mk.
Band 21. G. Plechanow: „Grundprobleme des Marxismus". Leinen 3,— Mk.
Band 22. P. Peschekanis: „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus". Leinen 4,— Mk.

Freidenker-Literatur.

Bakunin, Freidenkertum	brosch.	1,— M.
Brown, Kommunismus und Christentum	geb.	3,— „
Corvin, Pfaffenspiegel	geb.	3,— „
Pereal, Geheimnisse der Inquisition	geb.	4,— „
Perch, Zölibat	kart.	1,75 „
Plörke, Das Kirchentum	geb.	3,50 „
Henel, Thron und Altar ohne Schminke	kart.	1,50 „
Sommer, Geschichte der Religionen, 4 Bde.	brosch.	3,80 „
Wendel, Die Kirche in der Karikatur	geb.	3,— „
Die Klöster der Christenheit	geb.	2,50 „
Kultur-Bilder.		
Conradi, Geschichte der Revolutionen, 2 Bde.	geb.	10,— M.
— Völkerschlachten und Klassenkämpfe, 2 Bde.	geb.	1,50 „
Henel, 400 Jahre Schindluder	geb.	5,— „
Schultz, Blut und Eisen, 2 Bde.	geb.	8,— „
Moderne Sexualwissenschaft.		
Hirschfeld, Empfängnisverhütung	brosch.	1,25 M.
Hodan, Bub und Mädel	kart.	2,60 „
— Geschlecht und Liebe	geb.	11,— „
— Sexualelend und Sexualberatung	geb.	14,— „
Nemilow, Die biologische Tragödie der Frau	brosch.	2,50 „
Rühle-Gerstel, Sexual-Analyse	kart.	3,50 „
	geb.	5,— „
Winter, Abtreibungsseuche	kart.	3,50 „
— Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft	brosch.	—,50 „

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Die den Ortsgruppen mit Rundschreiben übermittelten Fragebogen sind bis spätestens den 31. d. Mts. an die aufgegebene Adresse einzusenden.

RAA. der AAU.

Frankfurt a. M.

Am 29. März, 8 Uhr abends, Versammlung bei Karl Maier, Friesenheimer Landstraße Nr. 10. AAU.

Am 5. April, 8 Uhr abends, Versammlung bei Karl Becker, Große Seestraße, Ecke Adalbertstraße. KAP.

Am 12 April, 8 Uhr abends, Versammlung bei Max Vorlitz, Rodelheimer Landstraße Nr. 10. AAU.

Rheinland-Westfalen.

Am 23. März 1930 findet eine

Bezirkskonferenz

statt, mit folgender Tagesordnung:
1. Bericht von der Zentralausschußsitzung;
2. Organisatorisches;
3. Verschiedenes.

Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Ort und Lokal wird durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Bezirksarbeitsausschuß der Allg. Arbeiter-Union Rheinland-Westfalen.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.

Sympathisierende und KAZ.-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Ortsgruppe München.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal Gambrinus, Sendlinger Straße, öffentliche Diskussionsabende der KAP., RBO. und KAJ. statt.

Proletarier aller Richtungen werden hiermit eingeladen. Die „KAZ." liegt dort ebenfalls aus.

Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Ortsgruppe Wellsdorf.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Eisleben.

Jeden Sonnabend, abends 7,30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende. Lokal wird durch die Zeitungsobleute bekanntgegeben.

Groß-Berlin

Versammlungskalender Groß-Berlin.

3. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malstaetstraße 24.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Oltschiner Straße 88.

14. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Speisebecher, Hesfurtstraße 26.

16. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschönweide, Brückenstraße 2.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.

21. Bezirk.

Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Nowawes, Wallstraße.

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt

Empfehlenswerte Unterhaltungsliteratur.

Die „große Zeit" im Spiegel der Literatur.

Becher, Kläber u. a. „Der Krieg".	Halbl.	2,50, Ganzl. Mk.	3,20
Barbusse, „Das Feuer"		Ganzl. „	7,50
Beumelburg, „Sperrfeuer um Deutschland",	kart.	5,— „	6,50
Frey, „Die Pflasterkästen"		„ „	6,—
Jünger, „Feuer und Blut"		„ „	5,—
Glaeser, „Jahrgang 1902"		„ „	6,—
Passos, „Drei Soldaten"	kart.	2,80 „ „	4,80
Plivier, „Des Kaisers Kulis"		Halbl. „	2,—
Remarque, „Im Westen nichts Neues"	kart.	4,— Ganzl. „	6,—
Renn, „Krieg"	brosch.	4,50 „ „	6,—
Sinclair, „Jimie Higgins"	kart.	2,80 „ „	4,80
Scharrer, „Vaterlandslose Gesellen"	kart.	3,50 „ „	5,—
Schocholow, „Der stille Don",	brosch.	5,— „ „	7,—
Thomas, „Wir brauchen einen Krieg",		brosch. „	0,25
Tucholski, „Deutschland über alles"	kart.	3,20 Ganzl. „	5,—
Wilke, „Prisonnier Halm"		„ „	6,—

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: .....

Ort: .....

Straße: .....

11. Jahrg Nr. 13

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 29. März 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Severings „Kampf"

„Der hat's dem Hakenkreuzler aber gegeben!" Ein Heer von Zeitungsschreibern feiert den „Kleinen Metallarbeiter" wieder einmal als politischen Schmeling. Die „Reaktion" hat wieder eine entscheidende Schlacht verloren. Da sage noch einer, die Sozialdemokratie sei keine Kampfpartei! Der „Vorwärts" bläht sich wie ein Gockel, der sich hochtrabend von seinem niedergeschlagenen Rivalen wendet. Ein Bombenerfolg! Ist er auch! Es wäre töricht, zu leugnen, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften keine Erfolge zu verzeichnen hätten, — sonst könnte es dem Proletariat nämlich nicht so verflucht dreckig gehen.

Die Arbeiter sehen nämlich immer noch nicht, um was es geht. Die Sozialdemokratie hatte „Erfolg" 1914. Sie hat das revolutionäre Proletariat siegreich niedergekämpft, und hat mitgeholfen, einige Millionen Proletarier um die Ecke zu bringen. Die Sozialdemokratie hatte Erfolg in der Niederschlagung aller revolutionären Aufstände nach dem Kriege, in denen sich ihr „Sozialismus" in dem Vieh Noske personifizierte; die Sozialdemokratie hatte Erfolg in allen Etappen des „Wiederaufbaues". Sie peitschte die Arbeiter zu Uebestrunden, peitschte sie unter die zermalmenden Räder der Rationalisierung, peitschte sie, die „Wiedergutmachung" zu schlucken, die in der letzten Rechnung, Young-Plang genannt, pässentiert wird. Und sie hat auch jetzt wieder Erfolg, den nämlich, durch diese ausgewalzten Roßtäuschertricks zu verschleiern, was sie eigentlich bezweckte.

Es ist eine in allen kritischen Situationen überdeutlich sichtbare Tatsache, daß das Kapital in seiner Auseinandersetzung mit dem „Erbfeind" seine faschistischen Truppen mobilisiert. Einmal braucht das Kapital die „nationale Empörung" gegen „Erpressungen". Diese „nationale Einheitsfront" ruft auch die Gegenwehr der Arbeiterklasse hervor. Das Kapital braucht die so zutage tretende Verschärfung der Klassengegensätze, um die „Gefahr des Bolschewismus" durch die „Raubverträge" an die Wand malen zu können. Diese Manöver haben stets mehr oder weniger Erfolg, aber stets folgte die „Verständigung".

Zurück bleiben die aufgescheuchten Landsknechte in den nationalistischen Verbänden. Sie haben das Proletariat mit sozialen Phrasen besoffen zu machen, sind ein innenpolitisch wichtiger Faktor, um die durch die Hölle des kapitalistischen Zusammenbruches verzweifelten Kleinbürger und kleinbürgerlichen Arbeitermassen aufzufangen und durchzudrehen. Die „Führer" dieser faschistischen Parteien dürfen in den Parlamenten die große Schnauze riskieren, eben, um diese Mission der Arbeiterverdümmung durchzuführen. Die ganze „nationale Bewegung" wird finanziert von dem Kapital selbst.

Es ist aber ganz natürlich, daß durch solche „Bewegungen" der politische Größenwahn großgezüchtet wird. Die Führer dieser faschistischen Banden sind die geistig denkbar bedürfnislosesten Menschen. Sie begreifen nicht, daß sie gut gefüttert werden, weil sie eben gebraucht werden. Nachdem nun wieder einmal das Geschäft des Young-Plans perfekt geworden ist, macht ein Narr in Thüringen unentwegt in „nationaler Opposition" weiter.

Man lächelt im stillen Kämmerlein über einen solchen harmlosen Menschen. Außenpolitisch kann es gar nichts schaden, wenn die „nationale Empörung" noch ein bißchen nachklingt, das sähe ja sonst so gemacht aus. Es macht auch nichts, wenn ein paar deutsch-volksparteiliche Parlamentarier noch den „starken Mann" mimen, das gibt der ganzen Chose ein bißchen „überparteiliches" Gepräge. Aber da der Mann in dem Ländle, in dem der Stich ins Idiotische gewissermaßen an sich schon charakteristisch ist, der Reichsregierung „Knüppel zwischen die Beine" wirft, muß er eben fallen. Vor dem Geschäft war die Aufgabe dieser Meute, zu bellen! Nach dem Geschäft haben sie zu kuschen!

Die Partei, die für die nun noch schärfer einsetzende Auspowerung der Arbeiterklasse verantwortlich zeichnet, ist die Sozialdemokratie. Und der zurzeit geriissendste Bursche dieser Partei ist der Erzdemokrat Severing. Der bringt es z. B. fertig, über die erschlagenen und erschossenen Proleten zu jammern, die er selbst umbringen ließ, bringt es vielleicht auch fertig, wenn es sein muß, am Grabe seiner Opfer noch zu heulen. Die Sozialdemokratie als die Partei, die bezüglich der politischen Korrumpierung an erster Stelle steht, darf diese personifizierte politische Korrumpierung in Gestalt des Herrn Severing beauftragen, einen Narren in Thüringen zu Fall zu bringen, weil er nicht begreift, daß das Kapital, um die Proleten nun noch brutaler ausschlachten zu können, „Ruhe und Ordnung" nötig hat.

Das Kapital handelt im eigenen Interesse, wenn es den „Sieg" der Sozialdemokratie mit Pauken und Trompeten in allen deutschen Gauen kundtut. Wie soll denn das Prestige einer Partei erhalten bleiben, die die Arbeitermassen dauernd ins Gesicht tritt und verhöhnt. Die dem Young-Plan folgenden „Sparmaßnahmen" an den Erwerbslosen, die neue Massenbelastung der Porleten durch erhöhte Zölle, Steuern, Tarife war schon Belastungsprobe genug. So schlägt die Bourgeoisie verschiedene Fliegen mit einer Klappe, und die Proleten nehmen diese parlamentarischen Affenkomödien immer noch blutig ernst. Wahrhaftig, die demokratische Verdummung ist gegenüber dem Bismarckschen Säbelregiment die bessere Regierungsmethode. Dreinhauen und -schießen wird durch sie nicht ausgeschlossen. Warum denn dann nicht mit Brutalität und Hohn über die Untertanen regieren, sondern nur mit Brutalität? Warum also nur Monarchie und nicht Demokratie?!

Denn neben der Bezahlung der kapitalistischen Kriegsverbrechen, trotz immer stärker steigender Absatzschwierigkeiten infolge des durch die verschärfte Auspowerung des Proletariats zusammenschrumpfenden Binnenmarktes, und durch Uebersättigung des Weltmarktes infolge der durch die kapitalistische Entwicklung bedingte Steigerung der Produktion, — brennt der deutschen Bourgeoisie noch eine andere Frage auf den Nägeln: „die Not der Landwirtschaft". Die agrarische Produktion wird über eine noch so hohe Zollmauer hinweg von der technisch höher stehenden Auslandskonkurrenz teilweise bis zur völligen Unrentabilität bedrückt. Daran ändert auch nichts, daß die Herren der „Grünen Woche" als ihr Privileg in Anspruch nehmen, alle paar Wochen einen Tausender in den „verjudeten" Großstädten zu vergeigen. Diese Tausender werden ihnen durch den Staatssäckel neben den hohen Preisen durch Zölle von der Regierung aus dem Staatssäckel in Gestalt von Subventionen zugeschoben. Ohne diese Tausender kann die agrarische Produktion in Deutschland infolge ihrer rückständigen, unorganisierten Arbeitsweise gegen die durch moderne Technik zur höchsten Leistungsfähigkeit gebrachte Auslandskonkurrenz nicht mehr anrennen. Es gibt überall Zusammenbrüche. Die Bauern rennen mit dem eisernen Pflug ebenso erfolglos gegen die Elektrifizierung an, wie der Handwerker gegen die Fabrik. Dem Proletariat kann es nicht nur gleichgültig sein, ob die Bauern durch die Entwicklung proletarisiert werden; es kann die Proletarisierung immer breiterer Schichten durch die kapitalistische Entwicklung selbst nur begrüßen. Wer von seinem Eigentum verjagt wird, hat keines mehr zu verteidigen, wenn das Proletariat sich anschickt, der kapitalistischen Eigentumsordnung einmal ernstlich zu Leibe zu gehen. Die kleinbürgerlich-reaktionäre Sozialdemokratie hat jedoch alle Hände voll zu tun, das durch die Entwicklung wankend gewordene Eigentum auf Kosten der Arbeiterschaft zu stützen. Der „Sieg" Severings dient auch hierbei als Kulisse, um gerade der faschistischen Meute, die dem Proletariat abgegaunerten Millionen in den Rachen zu werfen, die man eben — „besiegt" hat. Wie das geschieht, das sagt der Regierungskollege des Siegers Severings, der Ernährungsminister selbst: daß im Herbst 1929 zu einem Preise von 195 Mark je Tonne rund 150 000 Tonnen Roggen gekauft wurden, und daß um die Jahreswende erneut 400 000 Tonnen zu je 171 Mark aufgenommen worden sind. Und Vogel führt in der „W. a. M." dazu aus: „Mehr als eine halbe Million Tonnen, gekauft zu verhältnismäßig hohen Preisen, liegen jetzt in öffentlichen und privaten Speichern so gut wie unverkäuflich. Sie drücken auf den inländischen Roggenpreis, der trotz der Ankündigung der neuen Zölle sich vorläufig noch unter 150 Mk. je Tonne hält. Da noch außerdem ältere Vorräte vorhanden sind und die „öffentliche Hand" im Laufe des Winters schon bedeutende Verluste erlitten hat, da ferner große Zins- und Lagerungsverluste sowie Lagerkosten in Rechnung zu stellen sind, ist die Annahme eines Gesamtverlustes in diesem Winter von 50 Millionen Reichsmark durchaus nicht zu hoch gegriffen."

Um auch hierbei über die Arbeitslosen den Hohn in Kübeln auszuschütten, vernehmen sie angesichts der verfaulenden Ernte den Ruf: „Deutsche, eßt deutsches Roggenbrot!" Aber dies Beispiel ist nur eine Demonstration der Methode der notwendig gewordenen „großzügigen Aktion" der „siegreichen" Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die nun in Angriff genommen werden soll. Und findet das Proletariat sich zur Abwehr, dann findet sie den „Sieger" über Frick Arm in Arm mit ihm, um die „Kultur" vor den „Banditen" zu retten.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse begreifen würde, mit wie wenig Geist die Millionenzahl entmenschter und niedergetrampelter Sklaven einer vor Fäulnis stinkenden Bonzokratie unterlan gemacht wird, würden solch jämmerliche Demagogen im Nu ins Nichts verschwinden wie leuchtende Fäulnis vor dem aufbrechenden Tageslicht. Es scheint, das Maß ist trotz alledem noch nicht voll. Man muß verdammt Nerven haben, um abzuwarten.

Zur Durchbruchsschlacht des russischen Bauers

Der Fünfjahresplan war von der KPSU. als sozialistischer Aufbauplan gedacht. Seine Hauptaufgabe bildete die Ueberführung des freien landwirtschaftlichen Sektor in einen sozialistischen Sektor. Durch die Nep war die Industrie zum sozialistischen Sektor geworden, durch den allmählich auch die Sozialisierung der Landwirtschaft herbeigeführt werden sollte. Die Industrialisierung der gesamten Wirtschaft war die Aufgabe des industriellen sozialistischen Sektors, der durch sein Uebergewicht die Aufsaugung und Zerstörung des individuellen privatwirtschaftlich arbeitenden landwirtschaftlichen Sektors durchzuführen hatte. Der Weg zu dieser Einverleibung der Landwirtschaft erfolgte in zwei Richtungen. Einmal durch die Liquidierung der Kulakenklasse und dann durch die Kollektivierung der Bauernwirtschaft. Die individuelle Lebensform, der individuelle Bauernhof mit der individuellen Kleinbauernwirtschaft sollte deren kollektiven zusammengeschlossenen Bauernwirtschaft Platz machen. Agrar-Industriestädte, anstelle der Dörfer war die Losung, das Ergebnis der kompakten Kollektivierung hatte grandiose Erfolge aufzuweisen. Täglich, stündlich rückten die Bauern in die sozialistische Aufbaufront ein. Der Angriff gegen die klassenfeindlichen Bauern artete zum Generalsturm aus. Unter diesen Umständen vollzog sich die Kollektivierung von etwa 50 Prozent aller bäuerlichen Wirtschaften. In einzelnen Gebieten wurde sogar eine restlose Kollektivierung mit 95 Prozent der Bauernschaft als begeisterte Anhänger der Sozialisierung erzielt.

Besonders stark war diese Entwicklung in den letzten Monaten nach Erlaß des Entkulakisierungsdekretes vom 1. Februar 1930, durch das eine Vermögensbeschlagnahme und Verbannung der Kulaken angeordnet wurde. Die Entkulakisierung griff auch auf den Mittelbauern über. Infolge dieser zwangsweisen Kollektivierung wuchs die Zahl der kollektivierten Betriebe von 4,3 Millionen am 20. Januar auf 14 Millionen am 20. Februar. Die Ausrottung der individuellen Bauernwirtschaft war damit in der Tat durchgeführt. Sie erfolgte aber nicht in der Form einer Ueberführung in eine Kollektivwirtschaft, wie sie auf Grund der drei verschiedenen Stufen von Genossenschaft, Artel und Kommune gedacht war, sondern als Sabotage der Kollektivierung durch Aufgabe der Privatwirtschaft und passiven Widerstandes durch die Flucht in die Kollektivierung.

Die Siegesberichte von der Bauernfront überstürzten einander. Die „Rote Fahne" jubelte, der Sozialismus sei bald vollständig aufgebaut. Die Bedingungen des Fünfjahresplanes seien bei weitem überschritten. Riesige Wirtschaftskrise auf der kapitalistischen Seite, riesenhafter Fortschritt zum Sozialismus in der Sowjetunion auf der anderen Seite. Diese Berichte liefen bis zum 15. März, dem Tage, als das ZK. der KPSU. den Kampf gegen die „linken" Uebertreibungen in der Kollektivierung proklamierte. Dieses Schreiben brachte die restlose Aufklärung über das Wunder der Kollektivierung. Es stellte fest, daß der Grundsatz der Freiwilligkeit im Kollektivwirtschaftsaufbau verletzt sei. Der Beitritt zu den Kollektivwirtschaften sei durch Zwang, Drohung der Entkulakisierung, Entziehung des Wahlrechts, Einbeziehung der mittleren und sogar der armen Bauern unter die Entkulakisierten erreicht worden. Plötzlich wurden Fälle „außerordentlich roher, abscheulicher, verbrecherischer Behandlung der Bevölkerung" festgestellt, ebenso aufge-

bauschte Ziffern, künstliche Vergrößerung des prozentualen Anteils der Kollektivierung. Das ging so weit, daß der Sowjetpräsident Kalinin erklärte, daß die Kollektivierung nicht in einem Tempo vorwärts getrieben werden dürfe, daß den Bauern „den Atem nimmt". Es müsse vielmehr ein besonnenes Tempo und stufenweise Einführung der Kollektivierung erfolgen. Man dürfe „nicht Kühe für die Kollektivwirtschaft beschlagnahmen, wenn der Kuhstall noch nicht gebaut ist". Das ZK. drückt denselben Gedanken in den Worten aus, daß nicht das Geflügel- oder Gurkenproblem, sondern das Getreideproblem das Hauptproblem der Landwirtschaft sei. Nicht die Kommune, sondern das Artel, die Form der kollektiven Bewirtschaftung, in der die Dorfflur gemeinsam bearbeitet wird und nur ein Teil der Produktionsmittel gemeinsamen Besitz darstellt, sei die in augenblicklichen Verhältnissen entsprechende Form. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß selbst die leitenden russischen Wirtschaftsmänner für die Durchführung des Fünfjahresplans eine rein genossenschaftliche Basis allein für möglich halten. Die Unterstützung des genossenschaftlichen Gedankens ist aber keineswegs eine Unterstützung einer sozialistischen oder kommunistischen Wirtschaftsform, sondern einer typisch kapitalistischen Vertrustungsform, die der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes am besten Rechnung trägt. Der Uebergang vom Artel zur Kommune ist theoretisch und praktisch allein zu vergleichen mit dem Hineinwachsen der kapitalistischen Wirtschaft in den Sozialismus.

Kalinin hat vollkommen recht, wenn er erklärt, daß die Bauern für ein besonnenes Tempo der Kollektivierung, d. h. für das Artel begeistert sind. Sie haben nichts dagegen, daß ihnen von der Regierung weitgehendst Subventionen durch Belieferung mit Saatgut und mit landwirtschaftlichen Maschinen erteilt werden. Sie sind für Landbundpolitik und gegen das Großagrarkapital. Dabei scheuen sie sich nicht, die Unterstützung der Regierung anzunehmen. Ihr Kampf geht aber gegen die Kommune, gegen die Schaffung von Kollektiven der 3. Stufe, in denen die individuelle Bauernwirtschaft aufhört. Der „ultralinke" Kurs von Stalin ging aber gerade auf die Einführung dieser letzten Stufe. Die Bauernschaft reagierte auf diese Zwangseingliederung im Kollektivbetriebe mit einem Ausverkauf der Produktionsmittel, mit einem Abschlachten des Viehs und mit einer vollkommenen Sabotage der Bearbeitung des Grund und Bodens. Sie griff dabei zu demselben Mittel, durch das sie schon den Uebergang vom Kriegskommunismus zur Nep erzwungen hatte. Sie beschränkte die Bewirtschaftung auf den für ihren eigenen Lebensunterhalt notwendigen Teil und stellte auf diese Weise die Belieferung der städtischen Bevölkerung und den Getreideexport, die Voraussetzung für den industriellen Aufbau, vollkommen in Frage. Durch die Entkulakisierung wurde auch die Möglichkeit eines Getreideüberschusses aus den Großbetrieben unmöglich gemacht.

Die Landwirtschaft mit ihrer 137-Millionen-Bevölkerung drohte daher als Produzent und Konsument auszuscheiden. Die Kollektivierung schwebte vollkommen in der Luft. Die notwendigen Unterlagen für die Industrialisierung der Landwirtschaft waren weder maschinell noch personell vorhanden. Der Versuch, die durch die Nep der Bauernschaft belassene individuelle Produktion zu durchbrechen, ist an dem Uebergewicht dieses privatwirtschaftlichen Sektors gescheitert. Dieser Mißerfolg war bei dem starken Anwachsen der Bauernschaft und den angewandten genossenschaftlichen Mitteln zur Uebernahme der landwirtschaftlichen Produktion ohne weiteres zu erwarten. Der arme und der mittlere Bauer sind nur 2 Formen der kapitalistischen Schichtung, aber nicht Elemente des sozialistischen Aufbaues. Dieser vollzieht sich im schärfsten Kampf mit den Bauern und gegen den Bauer, gleichgültig ob er Kulak, mittlerer oder armer Bauer ist. Freiwillig wird der Bauer nicht zum Kommunisten, wohl aber zum Genossenschaftler. Wenn jetzt Stalin die Kommunen verbietet und die Genossenschaften frei gibt, so gibt er den Bauern wieder restlos seine alte Stellung als Kapitalist wieder. Er begräbt diese neue Form des Kriegskommunismus und errichtet die Stalinsche Nep, die eine Rückkehr zur Leninschen Nep ist. Das Dekret des ZK. verlangt die Einstellung der Methoden des Zwanges und der Gewalt und fordert die Fortsetzung und Festigung der Kollektivierungsarbeit auf der Grundlage der freiwilligen Mitwirkung der Bauern. Es geht dabei soweit, daß es auch den antikirchlichen Angriff gegen die Bauernschaft einzustellen befiehlt, weil die bislierigen Methoden zur Verstärkung religiöser Vorurteile geführt haben. Sie könnten nicht durch scheinradikale Gewaltmaßnahmen, sondern durch eine geduldige systematische Aufklärungsarbeit ausgerottet werden. Es gebietet die Aufhebung aller Zwangsmaßnahmen und aller Fehler, die bei Anwendung der Entkulakisierung und des Uebergangs zur Kollektivwirtschaft vorgenommen wurden. Es ordnet die Wiedereröffnung der geschlossenen Märkte an und gibt den Bauern, darunter auch den Mitgliedern der Kollektivwirtschaft den Verkauf ihrer Erzeugnisse auf dem Markte frei. Mit einem Wort der Bauer wird wieder zum Bauern gemacht. Sein kollektives Gewand wird ihm von Amtswegen wieder entzogen. Er wird materiell und kulturell in seiner Lebensart geschützt. Dabei soll noch erwähnt werden, daß nach dem Dekret des ZK. diejenigen, die verletzende Ausfälle gegen religiöse Bauern sich erlauben, strengstens zur Verantwortung zu ziehen sind. Es muß schon sehr weit gekommen sein, wenn man diese Konzessionen macht und dazu die Prawda erklären läßt, daß „die restlose Vergemeinschaftung bis auf Geflügel und Inhalt der Truhen lediglich den Gedanken der Kollektivierung diskreditiere, die Mittelbauern abschrecke und an die Stelle der notwendigen Arbeit zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein Spiel mit der Gleichheit des Konsums setze."

Die Vorbereitung für die Frühlingsaussaat und die Anbahnung kollektiver Arbeit sei jetzt das Wichtigste. Alles andere habe zu schweigen. Die jetzigen Feststellungen der Mängel und Uebertreibungen seien bolschewistische Selbstkritik und kein Rückzug. Der Kampf gegen diese linken Auswüchse bedeute „gleichzeitig Fortschritt und Verschärfung des Kampfes gegen die Aeußerungen einer offen opportunistischen Abweichung. Diese Erklärungen der Prawda sind der beste Beweis für den Zusammenbruch der russischen Kollektivierungspolitik und ein glatter Sieg der Bauernschaft, welche die zwar nicht formell, aber praktisch herrschende Schicht innerhalb der russischen Wirtschaft ist. Der Mißerfolg ist nicht ein Mißerfolg des Kommunismus, sondern Mißerfolg der gemischten Arbeiter- und Bauernpolitik. Der Sieg des Kommunismus ist ein Sieg der Arbeiterklasse über die kapitalistischen Schichten, zu denen in vorwiegendem Maße auch die Bauernschaft gehört. Eine Vereinigung von Arbeiter und Bauer bedeutet immer ein Sieg des Bauern über den Arbeiter. Diese Koalition in einem Agrarland entspricht der Koalition zwischen Industriekapital und Arbeiterschaft in einem kapitalistischen Industrieland. Nur die Zerstörung jeglicher Arbeitsgemeinschaft und die Uebernahme der Produktion in die Hände der Arbeiterschaft selbst ist Voraussetzung für ihren Sieg. Stalin öffnet den Bauern den freien Markt. Damit hat er den Durchbruch der Bauernschaft anerkannt. Nicht mit Unrecht haben die Bauern Stalins Artikel und das jetzige Rundschreiben des Zentralkomitees mit Glockengeläut begrüßt.

Politische Rundschau

Eine neue Teuerungswelle

Zollerhöhungen — bei Kartoffeln und Futtergerste um 500 Proz. — Frachtenverteuerung — Mietpreiserhöhung.

Die Brotverteuerungszölle um die Hilferding im Reichstag für die Junker-Kämpfe sind durch Annahme der wichtigsten Anträge am 24. März gesichert worden. Es war dafür eine Mehrheit von der Sozialdemokratie bis zu den Völkischen. Der Weizenzoll soll von 6 auf 12 M., der Zoll auf Futtergerste von 2 auf 10 M. und der auf Frühkartoffeln von 4 auf 20 M. pro Doppelzentner erhöht werden als 500 Prozent! Eine Steigerung um 120 Prozent erfährt der Haferzoll gegenüber dem Vorjahre. Der Mehlzoll wird von 18,50 auf 19,50 M. und der Zoll für Zucker von 15 auf 32 M. gesteigert werden.

Zu dieser unerhörten Verteuerung der gesamten Lebenshaltung hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn noch beträchtliche Frachtentarferhöhungen beschlossen. Auf die Stückgüter bis zu 1000 Kilo ist ein besonders hoher Tarif beschlossen. Das trifft vor allem alle Lebensmittelsendungen. Durch die Tariferhöhungen auf Sendungen unter 1000 Kilo sollen 50 Millionen Mark hereinkommen.

Daneben soll eine generelle Erhöhung der Mindestfrachten erfolgen. Sie sollen einschließlich des festen Zuschlages für jede Sendung bei Frachtgut 0,60, bei Eilgut 0,80 M. und bei beschleunigtem Eilgut 1,20 M. betragen. Für die Warenladungsklassen sollen folgende Erhöhungen der Normaltarife eintreten: Klasse C um 2, Klasse D um 5, Klasse E um 7, Klasse F um 9, Klasse G um 9 Prozent. Nicht erhöht werden also lediglich die schon jetzt sehr teuren Klassen A und B, zweifellos im Hinblick auf die Gefahr einer Abwanderung dieser Güter auf den Kraftwagenverkehr. Die Erhöhung der übrigen Klassen, die etwa die Hälfte der Gesamteinnahmen erbringen sollen, betragen im Durchschnitt 6,4 Prozent.

Die Arbeiterklasse hat nicht nur die 150 Millionen Mark durch Verteuerung ihrer Lebenshaltung zu tragen. Das Kapital schlägt unmittelbar zu. Die Mietpreise werden um 25 Prozent die Waren auf. Mit den vielen Hunderten von Millionen Mark die die Lebenshaltung durch die Zollerhöhungen verteuert wird, erreichet die Arbeiterklasse einen sehr fühlbaren indirekten Lohnabbau. Dazu kommt noch die zum 1. April für diese Erhöhung der Mieten um ½ Prozent. Mit diesen Erhöhungen ist man vorsichtig, weil die die Arbeiter unmittelbar zu spüren bekommen. Die Fortsetzung ist aber schon in Diskussion. Auch die Junker wurden im Reichstag mit ihren weitgehenden Forderungen durch den Minister Schiele auf die Zeit bis nach Ostern vertröstet. Dann wird es auch den braven Gewerkschaftswahlschäflein nicht so auffallen, wenn die Sozialdemokratie die Zölle auf einzelne Positionen einzeln und nach und nach erhöht. Das Proletariat ist es nun einmal gewöhnt, stückund pfundweise verschachert zu werden.

•

Auch Amerika erhöht die Zölle.

Washington, 25. März. (Eigenbericht des Vorwärts.) Der Senat nahm die seit sieben Monaten umstrittene Zollvorlage der Regierung am Montagabend mit 53 gegen 31 Stimmen an. Die Vorlage sieht Zollsätze vor, wie sie Amerika bisher nicht gekannt hat. Sie werden eine allgemeine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel herbeiführen. Die Opposition bezeichnete das Gesetz als schamloses Produkt eines monatelangen Geheimschachers und des Interessenhandels."

Die Zölle, die Deutschland auf amerikanische Landwirtschaftsprodukte legt, wälzt Amerika doppelt auf deutsche Industrieprodukte ab. Damit ist der ganze Zoltrummel illusorisch. Nur die Arbeiter bekommen zur Verteuerung der Lebenshaltung eine noch größere Arbeitslosigkeit.

Politik um Futterkrippen

In Solingen wurde bekanntlich vor einigen Wochen mit den Stimmen der KPD. und SPD. der KPD.-Mann Weber zum Oberbürgermeister gewählt. Die Sozialdemokratie stimmte für Weber, obwohl die bekannte Grzenskische Verordnung über die Nichtbestätigung von Verfassungsgegnern damals schon bekannt war und außerdem auch schon Aeußerungen von der Nichtbestätigung Webers in der Presse kursierten. Die SPD.-Stadtverordneten in Solingen, die für Weber stimmten, wußten damals schon positiv, daß er von ihrem Parteigenossen Grzenski nicht bestätigt werden würde. Wirklich wurde Weber nicht bestätigt. Jetzt, am 25. März, war in Solingen wieder Oberbürgermeisterwahl. Und wieder stimmte die SPD. für Weber, dem ihr Minister die Bestätigung versagt hatte! Opposition? Ach nein! Nach der rheinischen Städteordnung muß jetzt die preußische Staatsregierung einen Oberbürgermeister einsetzen! Und es wird natürlich ein Sozialdemokrat eingesetzt bzw. die Sozialdemokratie erhält von ihren bürgerlichen Koalitionsfreunden anderswo eine entsprechende Krippe. So deutlich wie hier ist die Futterkrippen-Politik nicht immer; aber sie wird immer so geschoben.

Fünfjahresplanlosigkeit

Wirtschaft wie zu Väterchens Zeiten.

Im Vorkriegsrußland passierte es nicht selten, daß mal ein paar Schiffe samt Ladung, mal ein paar Eisenbahnzüge mit Fracht spurlos verschwunden waren. Die Fälle, wo ganze Dörfer mit totem und lebendem Inventar samt den menschlichen Bewohnern abhanden kamen, sollen nicht oft verbürgt sein. Der Fall des Gouverneurs Potemkin (Potemkinsche Dörfer), der der Kaiserin Katharina die Dörfer bunt auf weißer Leinwand gemalt zeigte und die nachher niemand finden konnte, steht allerdings fest. Weder die Schiffe, noch die Eisenbahnwagen, noch die Dörfer waren je vorhanden gewesen. Die Gelder für die Herstellung und für die Waren waren unterschlagen, als Baugelder und Beschaffung für Waren und Vieh „verbucht", um die Bilanzen auszubalanzieren. Kein Wunder, daß die Sachen nachher alle nicht zu finden waren. Da in dem Zarenreich sehr stark ausgeprägten zaristischen Rußland die Begriffe „mein und dein" nicht so sehr feststehend waren, wurden Schiffe, Eisenbahnen, Dörfer, Waren und Vieh nachher einfach als „gestohlen" gemeldet.

Nun herrscht heute in Rußland aber „Kommunismus", ganz genau ausgedrückt: Bolschewismus, theoretisch: Leninismus, von modernen Liebhabern des Systems Stalinismus genannt. Daß dieses System vom Zarismus nicht so sehr abweicht, das bestätigt heute auch immer mehr die amtliche russische Presse. So berichtet z. B. das Zentralorgan der Gewerkschaften, Trud, vom 4. März, einige Stückchen, die von den Potemkinschen Dörfern nicht mehr so sehr entfernt sind. Unter dem Titel „Plandurchbruch auf den Sormowowerken". „Ein Schandmal auf jedermanns Stirn" berichtet das Blatt:

„Als die Arbeiter am 13. Februar sich in den Fabrikräumen einfanden, sahen sie auf der schwarzen Tafel die Ankündigung der Tagesordnung für die Werkversammlungen: „Schädigungen und Plandurchbrüche auf Sormowo." Abends erfuhren sie, was das bedeutet: der vorgesehene Plan war durchbrochen. Der Maschinenstillstand und die untauglichen Erzeugnisse haben zugenommen. Die Produktivität der Arbeit hat sich um 12 Prozent gesteigert, der Selbstkostenpreis ist jedoch statt um 13 Prozent nur um 4,5 Prozent heruntergegangen.

Zwar wäre die Fabrik imstande, ihre Produktivität zu steigern, es fehlt jedoch an Halbfabrikaten, an einzelnen Teilen; anstatt daß man sie zu den Drehbänken schafft, liegen sie monatelang in den Lagerräumen, es herrscht eine unglaubliche Unordnung. Sind z. B. die rechten Kolben für Lokomotiven in großer Zahl angefertigt, so fehlt es an linken Kolben. Meister gibt es massenhaft, man hat aber für sie keine Verwendung.

Das Dieselwerk hat sein Programm nur zu 54 Prozent ausgeführt; eine große Anzahl von Teilstücken ist einfach verlorengegangen. Es geht auch sonst nicht mit rechten Dingen zu. **So ist z. B. eine ganze Plattform mit Transmissionen einfach wie vom Erdboden verschwunden.** Trotz eifrigen Suchens war sie nicht aufzufinden; **3 Millionen Nieten verschwanden plötzlich,** die 400 Arbeiter waren gezwungen, beschäftigungslos herumzulungern. Ein Waggon mit Maschinenteilen brauchte 1½ Monat, um zum 500 Meter entfernten Schiffsbauwerk zu gelangen; das Röhrenwerk mußte wegen Kohlenmangel stillgelegt werden; augenblicklich hat man das Fehlen von Lehm (!) festgestellt; es droht die Stillegung einer ganzen Anzahl von Werken.

Die Arbeiter haben an den Betriebsrat eine Delegation mit der Forderung entsandt, sofort Lehm herbeizuschaffen, einerlei woher. Maschinenteile, die in einem Werk erforderlich sind, liegen monatelang in einem anderen herum. Gelingt es nicht dem Werkleiter, rechtzeitig eine Plattform mit den nötigen Maschinenteilen zu fassen, so kann man sie getrost am anderen Ende der Fabrik suchen.

In der Formgießerei betragen die **untauglichen Erzeugnisse 98 Prozent.** Der Stillstand der Bohrmaschinen bei Verfertigung von Bohrinstrumenten dauert mitunter 6 Monate, indes die Naphthaproduktion die Instrumente unbedingt braucht. Laut Feststellung einer Regierungskommission beträgt die Ausnutzung der Maschinen in den Werken nur 40 Prozent, die Arbeiter verlieren 60 Prozent ihrer Arbeitszeit beim Holen von Instrumenten und des Arbeitsmaterials und durch unzeitigen Beginn der Arbeit und dergleichen.

„Wo war die Parteiorganisation? Wo waren die Wirtschafter? Wo war der **Gewerkschaftsapparat, der 92 bezahlte Beamte zählt** (in einem Städtchen, für eine Fabrik! Red d. KAZ.) **und 145 000 Rubel jährlich kostet?"** fragt die „Trud".

Spaß. Wo war Potemkin, wo waren die Gouverneure, denen die Schiffe und Eisenbahnwagen „gestohlen" wurden? Der Gewerkschaftsapparat hilft beim Fünfjahresplan.

•

Die Kulaken bekommen das Wahlrecht wieder!

Moskau, 24. März. „Eine Verfügung des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees beschäftigt sich mit den Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung. Den örtlichen Exekutivkomitees wird die sofortige Einsetzung von Sonderausschüssen zur Prüfung der Verzeichnisse solcher Personen vorgeschrieben, die ihr Wahlrecht verloren haben, um denjenigen das Wahlrecht wiederzugeben, denen es zu Unrecht entzogen worden ist. Die Söhne und Töchter derjenigen, die das Wahlrecht verloren haben, erhalten das Wahlrecht, wenn sie seit 1925 volljährig geworden sind und selbständig einer der Allgemeinheit nützlichen Arbeit nachgehen. Weiter sieht die Verfügung eine strenge Bestrafung für die Beamten vor, die die Uebertretung der Wahlgesetzgebung zugelassen haben."

Natürlich gehen die Kulaken einer der „Allgemeinheit" (d. i. die „Sowjet"-bourgeoisie) nützlichen Arbeit nach. Die Verfügung ist nichts als eine Konsequenz der Nep.

Der „Linksruck" in Frankreich

Die deutsche sozialdemokratische Presse jubelt über einen Linksruck in Frankreich. Am letzten Sonntag fanden nämlich in 7 Departements Ersatzwahlen statt; die alle ein Ansteigen der sozialdemokratischen Stimmen ergaben. In 5 Wahlkreisen, wo Deputierte für die Kammer zu wählen waren, hatte die Sozialdemokratie einen Zuwachs von 50 Prozent zu verzeichnen (15 034 Stimmen gegen 10 018 im Jahre 1928).

„Wie „links" die französischen Sozialisten sind" wer für ihn eintritt, dafür nur ein kleines Beispiel: Im Jahre 1925 wurde der Abgeordnete Varenne aus der Partei ausgeschlossen, weil er das Amt eines Generalgouverneurs in Indochina übernommen hatte. Man schloß ihn scheinbar aus, weil die Arbeiter dagegen rebellierten und in Scharen die Partei verließen. Der Generalgouverneur in Indochina ist der Oberhenker, der durch die Aufrechterhaltung der blutigen Ordnung der französischen Bourgeoisie die Profite aus der Niederhaltung der Eingeborenenarbeiter zu garantieren hat. Dieser Varenne, der sich seines Henkeramtes würdig erwies, wurde jetzt wieder in die Partei aufgenommen. In dem Bezirk, in dem Seine-Departement, waren 2533 Stimmen für ihn und 542 Stimmen gegen ihn. Die Stimmen (nach gezählten Mitgliedern in den Unterbezirken) wurden durch Delegierte abgegeben.

Immerhin scheint es, daß die deutsche Sozialdemokratie keine Ursache hat, für die Nacheiferung des französischen Beispiels anzuspornen. Sie hat die Position in der deutschen Bourgeoisie schon lange, die sich die französische Sozialdemokratie jetzt „erkämpft" hat.

Kirche und Inquisition

Nachdem im 12. Jahrhundert das Ansehen des Papsttums immer größer, das moralische Niveau der Geistlichkeit aber gleichzeitig immer niedriger geworden war, konnte es nicht anders kommen, als es kam: die Ketzerschaften nahmen immer mehr zu an Zahl und Umfang, immer mehr ehedem Fromme wandten sich von der Kirche ab, die sie in die schlimmste Geldwirtschaft und andauernde politische Intrigen verstrickt sahen; die Anhänger der Katharer (griech.: „Die Reinen") waren im Begriff, die Lehren des Christentums zu verdrängen; die Waldenser (so genannt nach ihrem Führer Petrus Waldus aus Lyon) oder „Armen von Lyon" wurden schnell zu einem großen Verband gleichgestimmter wirklicher Christen. Ihre „Ketzerei" bestand übrigens anfänglich lediglich darin, daß sie die Zustände innerhalb der Kirche richtig erkannten und ein reines Leben nach der Lehre Christi predigten. Kurzum die Kirche sah sich durch die allerorts um sich greifende Ketzerei ernstlich in ihrer Autorität bedroht. Besonders das südliche Frankreich, das damalige Languedoc und Albigeois, galt als eine Hochburg der Ketzer, weswegen diese auch mit dem Namen Albigenser bezeichnet wurden. Nun war es an den Päpsten sich zu „wehren". In Innocenz III. fand sich der Mann, der vor keinem Mittel zurückschreckte, wenn es galt, die Ketzerei auszurotten. Schon 1204 mußte er es erleben, daß bei einem Versuch, „die Länder von der Ketzerei zu reinigen", die von ihm ausgesandten Legaten seine Hilfe gegen die Prälaten erbaten, „die sich nicht in Schranken halten konnten und deren schändliches Leben den Gläubigen nur Aergernis und den Ketzern ein unwiderlegliches Argument zur Rechtfertigung ihres Vorgehens bot". In seiner Antwort legte ihnen der Papst ans Herz, lediglich ihren Sendung im Auge zu behalten und sich nicht durch weniger wichtige Dinge abzenken zu lassen. Die Legaten wußten wohl, was der Papst damit meinte, nämlich die Anwendung brutaler Gewalt, die Methoden der bischöflichen Inquisition, wovon Innocenz schon früher in Italien „Erfolge" erzielt hatte. Da aber die Legaten unverrichteter Dinge zurückkamen und ähnliche Versuche kaum mehr Erfolg hatten, ließ Innocenz den Kreuzzug gegen die Albigenser predigen, der auch 1209 zur Ausführung kam, wer sich an ihm beteiligte, sollte die gleichen Privilegien erhalten, wie die Teilnehmer an den Kreuzzügen zum Heiligen Grab. Zwanzig Jahre lang wütete das fromme Heer der Kreuzfahrer unter verschiedenen Führern und mit wechselnder Soldatenstärke im südlichen Frankreich. Aber schon 1209 war der Kampf mit der Einnahme von Beziers eigentlich entschieden, unter der Devise „Tötet sie alle, der Herr wird die Seinen schon erkennen!" wurden bei der Erstürmung der Stadt etwa 20 000 Menschen niedergemetzelt und einige Tausend, die sich in die Kirche der heiligen Magdalena geflüchtet hatten, eingeschlossen und verbrannt. Bis 1228 der endgültige Friede geschlossen wurde und ein päpstliches Inquisitionsgericht in Toulouse seine Tätigkeit gegen die übriggebliebenen Ketzer entfalten konnte, mußten auch viele Zehntausende ihr Leben lassen, während ganze Landstriche und Städte der völligen Verwüstung nicht entgangen waren. Nur langsam erholte sich das Land von diesen furchtbaren Schlägen und als 1232 durch Gregor IX. die ständige Inquisition begründet und sogleich im Languedoc eingeführt wurde, hatte die Bevölkerung die überstandenen Leiden noch nicht vergessen, um aufs neue einigen wenigen Menschen förmlich ausgeliefert zu werden —, den Dominikaner-Inquisitoren, die von nun an eine Geisel für das Land werden sollten, von welcher es erst nach endlosen Qualen und Leiden erlöst wurde. „In dem Maße, wie das heilige Werk sich weiter ausgestaltete", sagt Lea in seinem Buche „Das Mittelalter was die Absichten und die Inquisition." Aus eigenem Antrieb bekamen bald die Inquisitoren alle Vollmachten, die sie nur wünschten, nahm auch der Eifer der Menschenjäger zu, während andererseits die Furcht und der Haß der Gejagten immer drohender wurden."

Von einem der ersten Inquisitoren, Peter Cella, existiert noch eine Aufstellung von 724 Urteilen, die er in der kurzen Zeit zwischen dem ersten Adventssonntag 1241 und Pfingsten 1242 in 9 kleinen Orten des Languedoc gefällt hat —, ein Beweis für die Rührigkeit und den Fanatismus, mit dem das „Hunde des Herrn" (wie sie sich selbst gern, vom lateinischen „Domini canes" hergeleitet, nannten) ihr Amt ausübten. Die Art, wie diese Urteile gefällt wurden, gibt ein ganz klares davon, wie die Inquisitoren willkürlich Schrecken und Verzweiflung über die von ihnen heimgesuchten Orte verbreiten konnten, ohne dabei viele Todesurteile auszusprechen, wie es auch in diesem Fall geschah. Kam der Inquisitor in eine Ort angekommen war, bestand seine erste Amtshandlung in der Verkündung einer sogenannten Gnadenfrist, das hieß, daß diejenigen Ketzer, welche sich innerhalb dieser Zeit stellten, ein „mildes" Urteil erwarten konnten, wer aber als „vollkommener" Ketzer befunden wurde und die Zeit verstreichen ließ, entging dem Feuertode nur selten. In der kleinen Stadt Gourdon z. B. verurteilte Peter Cella 219 „Bußfertige" innerhalb von vier Wochen, in Montauban sogar 150 in einer Woche zum Kreuztragen, zu Geldstrafen, zu beliebig vielen Pilgerfahrten nach dem 500 Meilen entfernten Compostella oder nach Rom, zu Gefängnisstrafen, zum Tragen des Kreuzfahrerheeres usw. So wurden rücksichtslos Familien auseinandergerissen und Existenzen zerstört, ohne daß je die Möglichkeit bestanden hätte, sich gegen diese Schandurteile zu wehren. Hatten doch die weltlichen Behörden wie die Bischöfe die Pflicht, die Inquisition zu fördern und zu unterstützen. Wer diese Pflicht vernachlässigte, war schnell in dem Verdacht, das heilige Werk zu behindern — eine der schlimmsten Ketzereien, auf die der Scheiterhaufen stand. Als im Jahre 1242 in Avignonet eine beherzte Schar von Verfolgten unter ihren Peinigern ein Blutbad veranstalteten, und dabei auch die beiden verhaßten Inquisitoren Wilhelm Arnaud und Stefan Thibery zur unverhohlenen Freude des Volkes töteten, sah sich der wegen angeblicher Begünstigung bereits exkommunizierte Graf Raimund von Toulouse veranlaßt, „einige unterzeordnete Personen" hängen zu lassen, um sich von dem Verdacht, an der Behinderung der Inquisition (nicht an der Mordtat selbst) mitgewirkt zu haben, zu reinigen. (Jeder fromme Gläubige muß übrigens Betriedigung darüber empfinden, zu hören, daß die beiden verschiedenen Inquisitoren als „Märtyrer für die heilige Sache" 1866 von Pius IX. heilig gesprochen wurden.)

Da das Volk aber nicht nur von der Inquisition gejagtigt, sondern bekanntlich zu gleicher Zeit von seinen Fürsten aufs schlimmste bedrückt wurde, so läßt sich leicht denken, wie dieses blühende Land allmählich immer mehr verfiel. Auch Raimund von Toulouse, der Graf von Languedoc machte keine Ausnahme: Ja nach dem Stand seiner augenblicklichen Beziehungen zum Papsttum lieferte er seine Untertanen der Inquisition aus oder suchte sie vor ihr zu schützen. Nachdem er es in den letzten Jahren seines Lebens infolge seiner geschickten Politik noch zur Absolution erreichen konnte, sämtlichen Exkommunikationen und zu einem guten Einvernehmen mit dem Papst gebracht hatte, ergriff er kurz vor seinem Tode (1249) die Gelegenheit, ein gottgefälliges Werk zu tun: auf eigene Faust ließ er 80 Berlaiges 80 seiner Untertanen, die „an die Lehren der Ketzer glaubten", verbrennen. Hätte er dieses Jahr überlebt, er wäre des dauernden Wohlwollens sicher gewesen. Sein Nachfolger, Alfons von Poitiers, war sowohl geizig als fromm, Inquisition und Ketzerverfolgung, der er auch bei jeder Gelegenheit eifrig unterstützte. Als durch Innocenz IV 1254 Inquisitionsgerichte mit genau festgelegten Instanzenzügen eingerichtet wurden, halfen Alfons und der König Ludwig der Heilige, das Werk zu organisieren, ja, Ludwig ließ sogar aus eigenem Antrieb und aus eigenen Mitteln an verschiedenen Orten Gefängnisse für die Inquisition erbauen. Und als ein päpstlicher Erlaß erschien, der alle weltlichen Beamten der Inquisition unterstellte, sie sogar für den Fall, daß sie sich weigern sollten, den Beschl eines Inquisitionsfunktionärs auszuführen, mit Exkommunikation bedrohte (Erträgen ohne Bitte und Absolution nach einem Jahr war ohne weiteres Ketzerei), da bekräftigten der König sowohl als sein Vasall diesen Erlaß noch mit eigenen entsprechenden Verordnungen. Die frommen Fürsten mußten auch auf den Dank der Kirche nicht lange warten, denn die nun folgende Zunahme der Ketzerprozesse brachte ihnen reiche Beute, da sie die konfiszierten Vermögen der Verurteilten zum großen Teil für sich in Anspruch nehmen konnten. Die Verfahren gestaltete sich dementsprechend mit der Verbrennung des Leichnams und — mit der Konfiskation des hinterlassenen Vermögens enden konnten, mehrten sich in dieser Zeit rapide. Aber die mehrfachen Empörungsversuche des Volkes hatten nicht nur keinen Erfolg, sondern verschärften die Plage nur noch mehr. Denn die Machtmittel der Mönche, noch um den fast willkürlichen Gebrauch der Folter bereichert, waren zu umfassend, jeder Widerstand dagegen Wahnwitz.

Ein großes Licht auf die Zustände wirft das folgenschwere Vorgehen der beiden Inquisitoren Nikolaus Abbeville und Bertrand de Clermont im Jahre 1299. In Alby lag der Bischof Bernhard (wegen recht materieller Ursachen) mit seiner Gemeinde im Streit. Da sich die Bürgerschaft zu helfen wußte, wandte sie sich in ihrer Bedrängnis an die königlichen Gerichte, wo sie ihr Recht zu finden hoffte. Der Bischof aber erbat sogleich von der Inquisition Hilfe gegen das ketzerische Vorgehen seiner Gemeinde. Daß diese Hilfe gern geleistet wurde, versteht sich von selbst. Unvermutet erschienen die beiden Dominikaner-Inquisitoren in der Stadt und ließen sofort 25 angesehene und wohlhabende Einwohner ohne vorherige Ankündigung und ohne Angabe von Gründen verhaften und ins Gefängnis werfen. Nach wenigen Tagen wurde etwa der Hälfte der so Ueberraschten unter ausgiebiger Anwendung der Folter der Prozeß gemacht. Das heilige Gericht brachte es fertig, binnen als „bußfertige Ketzer" Gnade willfahren zu lassen und warf sie daher „nur" auf Lebenszeit bei Wasser und Brot und in Ketten geschmiedet ins Gefängnis. Die übrigen Eingekerkerten blieben „zunächst" für unbestimmte Zeit in Haft, um ihr Urteil zu erwarten. Noch nach 20 Jahren schmachteten einige von ihnen in dem furchtbaren Inquisitionsgefängnis von Carcasame und wurden dann „in Ansehen der langen Untersuchungshaft" zu kleineren Bußen verurteilt. Da aber jedermann wußte, aus welchen Gründen gerade diese wohlhabenden Opfer aufgesucht worden waren — die übrigen waren ebenfalls „ständige" Kaufleute —, so wurde die Bevölkerung nichts unversucht, jetzt für diese und andere schreiende Ungerechtigkeiten Genugtuung zu erhalten. Ihre Versuche, sich selbst zu helfen, scheiterten wiederum alle: es hatte sich herausgestellt, daß die Inquisition, die dem Volk Verurteilungen aller Art. Die Inquisitionen rächten jeden Empörungsversuch. In Carcasame wurden die acht obersten Beamten der Stadt gehängt, die Einwohnerschaft hatte eine Buße von 60 000 Pfund zu entrichten. Im Jahre 1305 wurden kleinere Unstimmigkeiten in einem anderen Ort bei Carcasame, wurden 40 Menschen gehängt, die Stadt mußte ebenfalls noch eine Buße zahlen. Und in ähnlicher Weise verfuhr das Strafgericht gegen alle übrigen betelligten Ortschaften.

Schon ein Jahr früher (1319) war der Triumph der Inquisition vollständig, als sie die „rebellischen Städte" regelrecht unterwarf: Alterorts mußten sich die Konsuln und Ratsherren, sowie alle Beamten, auf Befehl der Bischöfe und Inquisitoren vor diesen auf einem öffentlichen Platz versammeln und mit erhobenen Händen und in den demütigsten Ausdrücken ihre Reue betuern und schwören, daß sie jede ihnen auferlegte Buße annehmen und fürderhin den Bischöfen und Inquisitoren unbedingten Gehorsam leisten wollen. So mußten aus öffentlichen Mitteln Kirchen und Kapellen für die Dominikaner und Marmorgrabmäler für die „Märtyrer" der Inquisition erbaut, sowie die gesamten „Unkosten" des Verfahrens ersetzt werden. In manchen Städten mußte jeder Einwohner, der das 14. Lebensjahr überschritten hatte, einzeln vor dem Inquisitionstribunal erscheinen und um Absolution bitten, wer es unterließ, galt als der Ketzerei überwiesen. Der Sieg der Kirche über den Staat war mit dieser Unterwerfung endgültig und die heilige Inquisition konnte in der Folge ihr frommes Werk fortsetzen, ohne noch fühlbaren Widerstand entgegenzusetzt zu bekommen.

Dies ist in großen Umrissen nur ein Kapitel der Inquisition und zwar von Südfrankreich, einem in der damaligen Zeit kulturell am höchsten stehenden Lande. In anderen Ländern wütete die Inquisition nicht weniger, am schlimmsten aber wohl in Spanien. Doch kann hier darauf nicht näher eingegangen werden. Unsere Darstellung war in kurzer Form geradezu, ein Beweis, wie die Kirche alle Machtmittel anwandte, um sich Jahrhunderte hindurch zu behaupten.

Im Mittelalter war der Papst ein großer weltlicher Machthaber. Das ist heute, wo er bedeutend drärgere Ihn nur noch mehr auf das diplomatische Ränkespiel seiner Agenten zurück. Durch den Abschluß des Konkordats wird der Kirchenstaat wieder errichtet. Und wir schreiben heute 1930.

Material entnommen „Lea: Geschichte der Inquisition im Mittelalter", Bonn.

Exkommunikation = Ausstoßung aus der kirchlichen Gemeinschaft. Absolution = Lossprechung, Freisprechung. Inquisition = Ketzergericht.

Die Marxsche Dialektik

Die ungeheure Bedeutung der theoretischen Leistung von Karl Marx für die Praxis des proletarischen Klassenkampfes besteht darin, daß er zum erstenmal den ganzen Inhalt jener dem bürgerlichen Horizont überschreitenden neuen Anschauungen, die aus der gesellschaftlichen Lage der proletarischen Klasse mit Notwendigkeit entspringen, auch formell zu einer festen Einheit, zu der lebendigen Totalität eines wissenschaftlichen Systems zusammengefaßt hat. Karl Marx hat nicht (wie sich manche bürgerliche Teufelsanbeter Prometheus vorstellen) die proletarische Klassenbewegung geschaffen. Er hat auch nicht das proletarische Klassenbewußtsein geschaffen. Aber er hat für den neuen Bewußtseinsinhalt der proletarischen Klasse den angemessenen, wissenschaftlichen Ausdruck geschaffen, und hat dam

widerruflich Halt zu machen. Sie darf mit ihren Begriffen jene Grenzen nicht überschreiten, die auch die bürgerliche Gesellschaft in der Wirklichkeit nicht überschreiten kann, ohne sich selbst aufzuheben. Ihr letztes Wort, die große allumfassende Synthese, in der alle Gegensätze endgültig aufgehoben sind oder doch aufgehoben werden können, ist der Staat. Gegenüber diesem bürgerlichen Staat, in seiner vollständigen Entwicklung die vollständige Erfüllung aller bürgerlichen Interessen, und infolgedessen auch das letzte Ziel des bürgerlichen Klassenkampfes darstellt, gibt es eben darum auch für das bürgerliche Bewußtsein keine dialektische Antithese, keinen unversöhnlichen Gegensatz mehr. Wer sich zu dieser absoluten Erfüllung der bürgerlichen Idee dennoch praktisch und theoretisch in Gegensatz stellt, tritt aus dem geheiligten Kreis der bürgerlichen Welt, er stellt sich außerhalb des bürgerlichen Rechts, der bürgerlichen Freiheit und des bürgerlichen Friedens, und also auch außerhalb aller bürgerlichen Philosophie und Wissenschaft. Man versteht, warum für diesen bürgerlichen Standpunkt, der die heutige bürgerliche Gesellschaft für die allein denkbare und mögliche Form des gesellschaftlichen Lebens der Menschheit vorsieht, die „idealistische Dialektik" Hegels, die in der Idee des bürgerlichen Staates ihren ideellen Abschluß findet, die allein mögliche und allein denkbare Form von Dialektik darstellen muß.

Dagegen gibt es ebenso begreiflicherweise diese „idealistische Dialektik" der bürgerlichen Klasse nicht mehr für jene andere Klasse innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, die „unmittelbar durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende, absolut gebieterische Not — dem praktischen Ausdruck der Notwendigkeit —" zur Empörung gegen diese gesamte bürgerliche Welt und ihren bürgerlichen Staat getrieben wird, da sie in ihrem gesamten materiellen Lebensbedingungen, in ihrem ganzen materiellen Sein selbst schon die förmliche Antithese, den absoluten Gegensatz zu dieser bürgerlichen Gesellschaft und ihrem bürgerlichen Staat real darstellt. Für diese durch den inneren Mechanismus der Entwicklung des Privateigentums selbst, durch „eine von ihm unabhängige, bewußtlose, wider seinen Willen stattfindende, durch die Natur der Sache bedingte Entwicklung", innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erzeugte Klasse, der ihr revolutionäres Ziel und ihre revolutionäre, geschichtliche Aktion „in ihrer eigenen Lebenssituation, wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft simfällig, unwiderruflich, vorgezeichnet" ist, folgt aus dieser ihrer gesellschaftlichen Klassenlage heraus mit der gleichen Notwendigkeit auch die Geltung einer neuen, revolutionären, nicht mehr bürgerlich-idealistischen, sondern proletarisch-materialistischen Dialektik. Denn die „idealistische Dialektik" und „Armut" nur „in der Idee", nämlich in der Idee des reinen, demokratischen, bürgerlichen Staates auszuheben, so daß also diese „ideell" aufgehobenen Gegensätze in der „materiellen" gesellschaftlichen Wirklichkeit ungelöst fortbestehen und hier an Umfang und Schärfe sogar fortwährend zunehmen. Dagegen besteht umgekehrt das Wesen der neuen „materialistischen Dialektik" der proletarischen Klasse darin, daß sie den materiellen Gegensatz zwischen dem bürgerlichen Reichtum (dem „Kapital") und dem proletarischen Elend unter Aufhebung dieser bürgerlichen Klassengesellschaft und ihres bürgerlichen Klassenstaates in der materiellen Wirklichkeit der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft real aufhebt. Die materialistische Dialektik bildet daher die notwendige methodische Grundlage für den „wissenschaftlichen Sozialismus", als den „theoretischen Ausdruck" des geschichtlichen Befreiungskampfes der proletarischen Klasse.

Aus den Bezirken

Halle a. S.

Der 6. März in Halle.

Der internationale Arbeitslosentag hat hier in der Hochburg der KPD. trotz wochenlangem hysterischem Gebrüll im „Klassenkampf" zu einem Fiasko geführt. Der Parole, die Betriebe um 15 Uhr zu verlassen und geschlossen nach dem Markt zu demonstrieren, wurde von keinem Betriebe Folge geleistet. Die Erwerbslosen selbst, die in einer Zahl von 11 000 Mann vorhanden sind, ließen auf Grund der ewigen Parolenschasterei die „Revolutionäre" der Lerchenfeldstraße unter sich. Auf dem Marktplatz und in den umliegenden Straßen hatten sich immerhin einige hundert Demonstranten und Neugierige eingefunden. Die Schupo versuchte natürlich mit den brutalsten Mitteln, die Straßen zu säubern. Was diesen Kosaken vor die Finger kam, wurde mit dem Gummiknüppel niedergeschlagen oder verhaftet. Die Inhaftierten wurden tagelang festgehalten und wie Vieh behandelt. In dem Arbeitervorort Ammendorf ging die Polizei so rigoros vor, willkürlich auf harmlose Passanten zu schießen, so daß zwei von der Arbeit kommende Familienväter ihr Leben lassen mußten. Gegen das brutale Vorgehen der „Schutzpolizei" setzten sich an verschiedenen Stellen die Arbeiter zur Wehr. Aber es zeigte sich bei allen Auseinandersetzungen die richtige Organisierung. Es fehlt die Organisation der Betriebe. Wo aber waren die Stoßtrupps, die sich in allen Erwerbslosenversammlungen so stark fühlten gegen die Arbeiter der KAPD. Sie glänzten durch Abwesenheit oder waren sehr kleinlaut.

Die Mehrzahl der Proleten folgt nicht mehr den Parolen der KPD. Sie haben bis auf einen Betrieb auch nicht die Parole des Massenstreiks befolgt, zu dem die KPD. anläßlich des Mordes an den beiden Arbeitern aufgerufen hatte.

Die Aktion der KPD. war ein Schlag ins Wasser. Welche Schlußfolgerungen zieht der Arbeiter aus diesen putschistischen Manövern? Er glaubt KPD. und Kommunismus ist eins, kehrt der revolutionären kommunistischen Bewegung den Rücken, verzweifelt, versinkt in Passivität und wird indifferent. Aber die Arbeiterschaft kann und darf sich nicht ihrer historischen Aufgabe entziehen, will sie nicht vollends untergehen in der Barbarei. Die Arbeitermasse kann nicht flüchten. Sie ist da, sie leidet Hunger und Kälte und sie wird sich fragen: „Soll ich sterben ohne Kampf?" Sie werden unseren Weg marschieren. Die Parole „Alle Macht den Räten" wird Fleisch und Blut werden. Darum reiht euch ein in die rote Front der KAP.

Polizeiterror und Proletariat!

Am Donnerstag, den 13. März, fand im Volkspark in Halle a. S. eine öffentliche Versammlung der „Roten Hilfe Deutschlands, Ortsgruppe Halle", statt unter dem oben genannten Thema. Trotz des aktuellen Themas, waren doch erst ein paar Tage vorher zwei Arbeiter durch die Sipo ermordet worden, war die Zahl der Versammlungsteilnehmer sehr gering. Wo sonst Tausende waren, mußten jetzt Hunderte denselben Zweck erfüllen; es zeigt sich jetzt immer mehr, daß die Massen der KPD. immer mehr die Gefolgschaft versagen. Das Traurige an der ganzen Geschichte ist nur, daß die ehemaligen Anhänger der KPD. diese Partei mit dem Kommunismus verwechseln und in ihrer Verzweiflung ins Lager der Indifferenten oder sogar Nationalsozialisten hinüberwechseln. Nach einer kurzen Ehrung der Märzopfer ergriff der Vorsitzende Härtel das Wort. Sein Referat war ein Sammelsurium von hohlen Phrasen, wie man sie immer wieder hören kann. Um eine Stelle herauszugreifen: Er versuchte den Anwesenden klar zu machen, daß die Sipos ja auch Arbeiter wären und man sie für ihre Taten nicht verantwortlich machen könnte, da sie doch nur von den Offizieren mißbraucht würden. Bei solchen Ausführungen weiß man nicht, ob man den Redner auslachen oder vor Ekel anspucken soll. Der zweite Referent, ein gewisser Lessig, versuchte im Namen der BL. der KPD. Mitteldeutschlands, die dreckige Wäsche dieser Partei wieder in ein besseres Licht zu stellen, was vorbeigelang, da sich dieser Schmutz bis ins Innerste dieser Partei zieht. Er versuchte auch die Niederlage zur Betriebsrätewahl im Leunawerk zu bemänteln. Der Schuldige wäre nicht die Politik der Partei, sondern der Terror der Direktion. Nachdem sich auch diese „Größe" ausgeschleimt hatte, begann die Diskussion. Als erster sprach ein KPD.-Stadtverordneter, der sich gegen die Vorwürfe eines hiesigen SPD.-Blättchens wehrte. Nach ihm erhielt das Wort ein Genosse der KAP., der in kurzen Worten den wahren Inhalt der Republik kennzeichnete und darauf hinwies, daß das Proletariat sich neue Waffen schaffen muß, nämlich die Betriebsorganisation im Kampfbündnis mit der Partei. Er zeigte ferner an verschiedenen Beispielen auf, daß alle Parlamente sowie auch die freigelben Gewerkschaften, da sie Institute der kapitalistischen Gesellschaft sind, für die Arbeiter nichts machen können und deshalb für den Kampf der Arbeiterschaft nicht in Frage kommen, da der Kampf zu ihrer Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann und muß. In den letzten Versammlungen ist es unseren Diskussionsrednern nie gelungen, auf Grund des gemeinsten Terrors zum Wort zu kommen. In dieser Versammlung war es anders. Es zeigt sich, daß ein Teil der Halleschen Arbeiterschaft anfängt, sich zu besinnen. Wir aber als Arbeiterkommunisten rufen den Arbeitern Halles zu: „Gebt den Sozialdemokraten Amsterdamer und Moskauer Richtung den wohlverdienten Fußtritt. Arbeitet mit uns, auf das Halle wirklich werde das rote Herz Mitteldeutschlands.

Betrieb und Wirtschaft

Aus der Arbeitsgemeinschaft

Der Vorsitzende des BVG.-Betriebsrat, Freyer, durch das Arbeitsgericht abgesetzt!

Ueber den Antrag der Verkehrs-A.-G. auf Amtsentsetzung des Vorsitzenden des Arbeiterrats Freyer (KPD.) verhandelte das Arbeitsgericht am 25. März nochmals. Wie erinnerlich, wurde bereits im vorigen Termin festgestellt, daß Freyer in einer Betriebsversammlung eine Entschließung annehmen ließ, in der u. a. gefordert wurde: **Herabsetzung der Gehälter der Direktoren und leitenden Angestellten auf 500 Mk. monatlich.** Entlassung des Direktors Brolat und der anderen Direktoren, welche „die Mißwirtschaft bei der Verkehrs-A.-G verschuldet haben".

Das Gericht beschloß die Amtsenthebung Freyers, weil er die erwähnte Entschließung zur Annahme gebracht und dadurch seine Pflichten verletzt habe, denn er habe wissen müssen, daß die in der Entschließung aufgestellten Forderungen nicht durchführbar seien und daß das Verlangen nach Absetzung der Direktoren nicht zu den Aufgaben des Arbeiterrats gehöre. **Diese Forderungen seien nicht ernst gemeint, sei seien nur zum Zwecke der politischen Propaganda gestellt. Es sei niemandem verwehrt, politische Anschauungen zu betätigen, aber ihre Propagierung in Betriebsversammlungen und Arbeiterratssitzungen verstoße gegen das Betriebsrätegesetz.**

Also trotzdem das Gericht unterstellt, daß die Forderungen nicht ernst gemeint gewesen seien, beschließt es Amtsentnehbung! Die Belegschaft, die die Entschließung annahm, stand also doch hinter ihrem Betriebsrat. Die Belegschaft kann also wählen, soviel sie lustig ist, wenn der Betriebsrat dem Unternehmen nicht gefällt, wird er durch das Gericht abgesetzt. Das ist der Wesensinhalt des Betriebsrätegesetzes.

Die B. V.-G. ist nicht nur ein kapitalistisches Unternehmen, ihre recht beträchtlichen Defizite, verursacht durch eine Mißwirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes (Häuserspekulation, Riesengehälter leitender Beamter usw.) müssen von den Berliner Steuerzahlern, von den Arbeitern also, getragen werden. Wer nun das Verbrechen begeht, für die Interessen der Arbeiter und Steuerzahler einzutreten, wird durch das Arbeitsgericht zum Teufel gejagt. Auch das entspricht dem Inhalt des Betriebsrätegesetzes. Zu den Pflichten der Betriebsräte gehört aber, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren" und „für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sorgen", natürlich nicht auf Kosten der Direktoren mit 72 000 bis 300 000 Mark Jahresgehalt, sondern auf Kosten der Arbeiter mit 60 Pfennig Stundenlohn.

Um diese Betriebsratsposten vergeudet die KPD. die ganze Kraft der Arbeiterschaft und deren sauer verdiente Groschen dazu. Würde es nicht wirksamer sein, wenn man die Belegschaften betriebsweise zusammenschließen würde, um so durch gemeinsame Solidarität der Betriebe Forderungen durchzusetzen?

Das Berliner Arbeitsgericht für Ohrleigen.

Die Konzertpianistin Gruhl gab ihrer Hausangestellten zwei Ohrleigen, was vor dem Arbeitsgericht durch Zeugen bestätigt wurde. Das Arbeitsgericht entschied:

„Die Ohrleigen waren nicht von so erheblicher Bedeutung, daß die Klägerin berechtigt gewesen wäre, deswegen die Arbeit zu verlassen."

Mit ihrem Anspruch auf Schadenersatz wegen berechtigter fristloser Aufgabe der Arbeit wurde die Klägerin abgewiesen.

Die Zeit ist nicht mehr so fern, wo die Arbeiter in den Betrieben auch wieder ihre Ohrleigen bekommen — wenn sie so weiterschlafen in ihrer Gewerkschaftsdisziplin.

Schwerkapital droht mit Lohnherabsetzung.

Das Stahlwerk Becker A.-G. gibt folgenden Ukas bekannt:

1. Die Werkleitung verpflichtet sich, die sämtlichen Betriebsteile des Stahlwerks Becker A.-G. in Willich und Linn für die Dauer von zwölf Monaten weiter im Betrieb zu halten, und zwar in den einzelnen Fabrikationszweigen in etwa dem gleichen Umfange, wie die gesamte deutsche Eisenindustrie beschäftigt ist.

2. Alle nicht unbedingt erforderlichen Angestellten und Arbeiter sollen nach Anhörung der Betriebsvertretungen entlassen werden.

3. Unter Aufrechterhaltung der tariflichen Grundlöhne, bei Akkordarbeit einschließlich der tariflichen Akkordzuschläge (15 Prozent), werden von der Werkleitung unter Anhörung der Betriebsvertretungen in den einzelnen Betrieben die Verdienste einer Herabsetzung unterzogen. Ebenso die Verdienste der Angestelltenschaft. Die geltenden Tarifverträge bleiben bis zum Ablauf des Abkommens bestehen.

4. Die „Lohn- und Gehaltseinsparungen" werden in einem solchen Umfange durchgeführt, daß sich insgesamt eine Ersparnis von rund 120 000 M im Monat ergibt. „Dabei wird es erforderlich sein, die z. T. sehr hohen Spitzenakkordverdienste wesentlich herabzusetzen."

5. Das Abkommen gilt bis zum 31. März 1931. Es ist frühestens zu diesem Termin mit dreimonatiger Frist kündbar. Erfolgt keine Kündigung, so läuft es von einem Vierteljahr zu einem Vierteljahr mit dreimonatiger Kündigungsfrist weiter.

6. Die Betriebsvertretungen müssen das bindende Einverständnis mit obigen Maßnahmen durch Unterschrift jedes einzelnen Betriebsangehörigen (Arbeiter und Angestellte) bis zum 31. März d. J. bei der Werkleitung nachweisen.

7. Bedingung für das Inkrafttreten des Abkommens ist, daß bis zum gleichen Termin die beiderseitigen Tarifkontrahenten, nämlich Gewerkschaften und Arbeitgeberverband, dieses Abkommen anerkennen und durch schriftliche Erklärung billigen.

Becker beabsichtigt stillzuliegen, falls die Arbeiter und Gewerkschaften das Diktat nicht akzeptieren. Der Angestelltenrat hat seine Zustimmung schon gegeben. Becker wird natürlich vorgeschickt. Gelingt es, folgen andere Werke einzeln nach.

Wisset hebt die Krisenfürsorge auf!

Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlaß vom 21. März 1930 für die Berufe und Gewerbe, in denen eine berufsübliche Arbeitslosigkeit einheitlich für das ganze Reichsgebiet anerkannt ist, das Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit für den Winter 1929-30 auf den Ablauf des 29. März 1930 festgesetzt.

Stillegungen und Entlassungen.

Die zur Stumm-Gruppe gehörende Gewerkschaft „Minister Achenbach" in Dortmund hat den Antrag auf Stillegung der Schachtanlage IV gestellt und um **Genehmigung der Kündigung von 2500 Bergarbeitern zum 15. April nachgesucht.**

In einer Versammlung von Vertretern der Bergwerksgesellschaft Diergardt-Mevissen und des Betriebsrats der in Duisburg-Neuenkamp liegenden Schachtanlagen der Gesellschaft erklärte die Verwaltung, daß sie am 1. April **300 Arbeitern zum 15. April wegen Absatzschwierigkeiten kündigen müsse.**

Nach der R.F. hat die Siemens-Direktion die Stillegung des Wernerwerkes mit einer Verkürzung der Sperrfrist von vier Wochen auf 14 Tage mit der Begründung beantragt, daß angeblich von der Post keine Aufträge mehr eingelaufen seien.

Die Generaldirektion der Mannesmann Röhrenwerke schränkt den Betrieb auf ihrem Röhrenwerk in Rath bei Düsseldorf ein. Sie hat inzwischen Antrag auf Entlassung von rund 400 Arbeitern gestellt.

Arbeitslosenflut in USA.

Die Gewerkschaften überschwemmen zurzeit Regierung und Behörden mit Denkschriften über das Arbeitslosenproblem in den Vereinigten Staaten und berechnen die gegenwärtige Zahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen. Da jedoch keine offiziellen Statistiken geführt werden, ist es sehr schwer, diese Angaben nachzuprüfen. — Selbst bürgerliche Blätter schätzen die Arbeitslosenziffer viel höher. Die Leiterin des Arbeitsdepartements im Staate New York, Frau Perkins, erklärte vor einem Senatskomitee zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit, daß die Zustände im Staat New York geradezu skandalös und nur mit dem Jahre 1914 vergleichbar seien. **Die Unterstützungsgesuche seien innerhalb der letzten sechs Monate um 200 Prozent gestiegen,** wobei Krankheits- und Spezialfälle nicht berücksichtigt seien.

Englische Gewerkschaften empfehlen Lohnabbau!

Die Wollindustriellen von Yorkshire beabsichtigten „zur Rettung der Wollindustrie" eine beträchtliche Lohnherabsetzung. **Die Gewerkschaften empfahlen den Arbeitern, dem Lohnabzug zuzustimmen,** wie der Abend-Vorwärts vom 25. März mitteilt. Die Arbeiter lehnten das mit einer Riesenmajorität ab. Es stimmten 72,1 Prozent der Gesamtbelegschaften dagegen, 21,2 Prozent dafür und 6,7 Prozent stimmten nicht mit ab. Die Majorität beträgt also rund 85 Prozent. Es kommt wahrscheinlich zur Aussperrung von 200 000 Arbeitern.

Warnung

Der nebenstehend abgebildete ungarische Schwindler und angeblicher Flüchtling

Paul Kolocz

alias Paul Kollosch, nennt sich auch Lasko Schujock, Felix Klein, Felix Kovacs aus Ungarn, Stipic Stanko Franz aus Jugoslawien.

Vermutlich verkommener Intellektueller oder früherer ungarischer Offizier, gibt sich darum als Lehrer, Zahntechniker, Journalist und ähnliches aus. Alter ca. 35 Jahre (1896), 1,70 m groß, dunkles Haar, etwas Glatze und vornübergebeugt gehend.

Beschwindelt und bestiehlt seit 1925 Genossen, welche ihm aufnehmen, proletarische Organisationen in Frankreich, Deutschland und Oesterreich.

Verfertigt selbst Ausweise auf gestohlenen Briefbogen der verschiedensten Organisationen und versieht dieselben mit falschen Stempeln und Unterschriften.

Gewerkschaften und syndikalistische Organisationen werden mit den entsprechenden Aufgaben angepaßten Ausweisen geschröpft und durch Abstempelung über erhaltene Unterstützung glaubwürdiger gestaltet.

Beruft sich auf bekannte führende Genossen aller Länder.

Kolocz beland sich April 1928 in Berlin, Oktober-November 1929 in Haft in Oesterreich und wurde nach Deutschland abgeschoben. Seit Dezember 1929 und im Januar 1930 in Berlin von neuen Schwindeleien und leichtgläubigen Genossen gelebt und ist er mit Hinterlassung von großen Schulden bei Arbeitslosen verschwunden.

Adresse der Mutter: Emma Kolocz, Budapest, Palgasse 1.

Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschland.
Abteilung Emigration.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung! 3. Bezirk. Achtung!

Zwei Vortragsabende über das **Kommunistische Manifest.** Erster Abend am 7. April 1930, abends 7.30 Uhr, im Lokal von **Cladow, Malplaquetstraße 24.**

Am ersten Abend werden behandelt: Geschichtliches bis zum Manifest, Entstehung des Manifestes, Bourgeoisie und Proletariat.

Gäste willkommen!

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg Nr. 14

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7632.

Berlin, 5. April 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,16 und monatlich 0,86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Um was geht es?

Ganz schmerzlos, über Nacht, haben sich im hohen Hause die Regierer ausgewechselt. Man vernahm bei den letzten Wahlen, daß „das Volk gesprochen" habe, und der „Wille des Volkes" die letzt zur Schau gestellte „Linksentwicklung" verlangt. Nun ist — wieder einmal — keine andere Lösung möglich gewesen, als sich über diesen „Willen" hinwegzusetzen; denn über dem „Willen des Volkes" steht noch eine Größe: „Die Interessen des Vaterlandes". Der „demokratische Staatsbürger", der dies nicht einsieht, ist ohne Ideale, an dem die „staatsbürgerliche Erziehung" spurlos vorübergegangen ist.

Die Sozialdemokratie hat — am deutlichsten durch ihren „kleinen Metallarbeiter" — öfter als einmal kundgetan, daß wirklich nutzbringende „Aufbauarbeit" nur geleistet werden könne, wenn das Gemeckere über Koalitionspolitik in der eigenen Partei aufhöre. Man müse sich auf lange Sicht einstellen, sich gründlich mit dem Organismus der Staatsmaschine vertraut zu machen, wenn wirklich positive Erfolge erzielt werden sollten. Es sei dies zu gleicher Zeit eine lehrreiche Tätigkeit zur staatspolitischen Schulung der Obergenossen. Die Partei müsse das Staatsruder handhaben lernen, wenn sie es ernst meint mit der Uebernahme der Macht. Die sogenannte „Opposition" klemmte den Schwanz zwischen die Beine und kuschte. — Und über Nacht flogen die Großmäuler aus den Betten, genau wie ein paar dreckige Fußlappen.

Was ist geschehen, um den Regierungsstall so sarg- und klnaglos reinigen zu können, ohne daß die demokratische Herde auch nur irgendwie von den neuen Hirten besondere Notiz nimmt?

Die Hauskneichte des demokratischen Forum, die vorgaben, das „Macht-erobern" zu „erlernen", haben verantwortlich gezeichnet für Dinge, die der Bourgeoisie schwere Sorgen machten. Die deutsche Bourgeoisie steht zwischen „Verständigung" und Krieg, seit dieselben Lehrlinge der Staatskunst den Friedensvertrag unterschrieben. Die deutsche Bourgeoisie konnte ihre „nationale Freiheit" nur bis zu dem Grade erkaufen, als sie durch die doppelte Ausbeutung des deutschen Proletariats die Gläubiger befriedigte. Der Dalles in den Staatskassen der Sieger mußte durch die Kontributionen behoben werden. Um die innerpolitischen Voraussetzungen zu schaffen für die bis zur Unerträglichkeit zu steigernde Ausbeutung des Proletariats brauchte man die Partei, die sich in der Machtergreifung „übt".

Hand in Hand mit dem Prozeß der Eroberung der „nationalen Freiheit" ging es um die Schaffung der Verteidigungsmöglichkeiten des befreiten Vaterlandes. Die Bewilligung neuer Panzerkreuzer ohne Sozialdemokratie war zu gefährlich. Die demokratischen Söhne des Vaterlandes zitterten noch bei dem Gedanken des Spiels mit dem Feuer, an dem sie sich so schmerzhaft die Finger verbrannten. Die Rüstung des deutschen Imperialismus konnte nur unter Assistenz des „pazifistischen" Schildknappen vor sich gehen. Wenn nämlich der deutsche Michel erst die erste bittere Pille im Wanst hat — bei der zweiten stampelt er nur noch halb so heftig. Die Unteroffiziere Hindenburgs haben sich nicht nur im Krieg, sie haben sich auch im „Frieden" bewährt. Denn wirtschaftlicher Aufbau ohne die Verteidigung seiner Errungenschaften, — das geht doch nicht.

Von Krise zu Krise gepeitscht, eilte das deutsche Proletariat dem Zeitpunkt entgegen, wo die letzten Truppen der Besatzungsarmee über die Grenze ziehen. Die Rechnung der Hyänen ist akzeptiert. Parallel damit stieg der „Wiederaufbau" bis zur Wendung von der Schuldenwirtschaft zur Tilgungswirtschaft. Der Young-Plan brachte die letzte Fixierung der Forderungen. Der Weltmarkt ist übersättigt, die Schranke der Rationalisierung schon angezogen, daß sich den Sklaven das Blut unter den Nägeln staut. Und doch muß die Ausbeutung der Sklaven in noch schärferem Tempo fortgesetzt werden. Neben der nationalen Befreiung durch Tilgung der Rechnung für das „Stahlbad" müssen aus Mark und Knochen der Millionen Sklaven die Raten herausgeschunden werden, die eine Verbilligung der Produktion bis zu dem Grade ermöglichen, der deutschen Bourgeoisie den Weltmarkt weiter zu öffnen.

Die Partei der staatspolitischen Lehrlinge hat ihre staatspolitischen Pflichten erfüllt. Sie hat eine „Erbschaft" hinterlassen, daß ihre Meister nur an die Ausführung ihres Testaments schreiten brauchen. Sie hat dem Proletariat eine nette Last Steuern aufgebürdet, hat in ihrer Zollpolitik sich völlig entblößt, hat den schäbigen Rest von Arbeitslosenversicherung — die nur geschaffen war, um die Sklaven zu betrügen — so durchlöchert, daß jeder nach dem Prinzip handhaben kann: „Wie ich es auffasse." Sie hat grundsätzlich dem Kurs zum Durchbruch verholfen, den die „neue Regierung" gehen wird, über die „Kapitalbildung", das heißt Ausbeutung, zur „Freiheit". Sie hat die juristischen Formeln und Gesetze geprägt, die notwendig sind, die etwa aufbegehrende Kanaille auch von „Rechts wegen" in Zwangsjacke und Ketten zu legen. Das „Gesetz zum Schutz der Republik", das neue „Strafgesetzbuch" harren nur der Verabschiedung. Sie hat den Herren die Peitsche geflochten für die Sklaven. Man antwortet: „Wir danken Ihnen, meine Herren!" Die staatspolitischen Lehrlinge treten in dem Bewußtsein ab, großes geleistet zu haben. Man läßt sie bei dem Glauben. Denn ganz kommen die Herren ohne große Koalition auch in Zukunft nicht aus. Vorderhand haben sie die Proletarier durch ihre „Opposition" zum Narren zu halten.

Es geht nämlich gar nicht um die Pfennige der Erwerbslosenfürsorge, — wie die Sozialdemokratie, in demogogischer Absicht, um Dumme zu fangen — glauben machen will.

Der „Wiederaufbau" ist ein Wiederaufbau des kapitalistischen Systems, das, bei einem gewissen Punkt angelangt, durch die eigene Konstruktion zu wanken beginnt, trotz aller Ausbeutung und trotz aller Warnung der Sklaven. Die Millionen der Erwerbslosen, die trostlose Perspektive der Zukunft sind Resultate des „Wiederaufbaues selbst, keine besonderen Erscheinungen. In Amerika, dem Paradies aller Gewerkschafter, bricht der Schrei von Millionen durch die Lüge von der permanenten Konjunktur: Das Gleichgewicht des Weltkapitalismus ist wieder hergestellt — als das „Gleichgewicht" vor 1914.

Die Dinge stoßen sich durch im nationalen Raum. Keine Zollmauer kann die Auslandskonkurrenz mehr abhalten. Das Agrarkapital verlangt die Sicherung seines Profites durch Zuschüsse aus dem Staatssäckel. Man muß seine Wünsche befriedigen, angesichts der in der Tiefe murrenden Sklaven. Der schwarze Militarismus präsentiert seine Rechnung, verlangt bündige Sicherung durch Konkordate. Die „nationale Einheitsfront" ist da, die Phrasen der Parteien sind nur die Sprache der Schacherer um den Profitanteil der einzelnen kapitalistischen Gruppierungen. Ihr Feldgeschrei ist: Wir beten vereint, wir schlagen vereint, wir haben zusammen nur einen Feind.

Es ist daher völlig belanglos, ob die Bourgeoisie ihre Schaftiefe eine Weile mit „Wahlen" beschäftigt, oder ob die „neue Regierung" die Atrappe abgibt, hinter der sich die letzen Vorbereitungen anzeigen. Und es ist selbstverständlich, daß die „Demokratie" mit ihrem Diktatorartikel sich selbst ausschaltet, wenn die Sklaven sich einmal aufrichten. Für das Proletariat steht immer und jetzt in konkreter Form die Frage: **Was hat es als Klasse zu tun?**

Es kann noch einmal, wenn „Not Eisen brechen" soll, den abgehafterten Hausknechten in den Sattel helfen, den Preis, daß Tausende seiner Klasse für die „Demokratie" von neuem gemordet werden, **die es praktisch gar nicht gibt.** Es kann weiter das Gebrüll der KPD. anhören: „Nieder mit dem Sozialfaschismus!" und sich in den „Sozialfaschismus" selbst als „Opposition" einreihen. Dann ist die nächste blutige Niederlage gewiß. Ein Proletariat, das um keinen Preis in Frontstellung zu der Klasse tritt, die es wie Gewürm in den Dreck schlägt, das seinen Heil darin sieht, innerhalb der Konterrevolution „Opposition" zu spielen, stempelt sich selbst als Kulturdünger einer erst kommenden Generation, die diese Feigheit überwinden, und den Sturm wagen wird.

Es kommt darauf an, daß das Proletariat selbst zur Aktion schreitet. **Proletarische Klassensolidarität** ist das Gebot der Stunde, um durch den **Massenstreik** das Signal zu geben zum Aufmarsch der Betriebe, verbunden durch die revolutionären Räte des kampfentschlossenen Proletariats. Es gibt keine andere Wahl. Entweder offene oder verschleierte — Diktatur der kapitalistischen Profitschinder, — oder Klassendiktatur des siegreichen Proletariats. Die AAU. und KAPD. gehen den Weg, die geschichtliche Entwicklung zwingt, ihn zu gehen.

Die Diktatur der Lieblinge Hindenburgs

Das Kabinett Hermann Müller ist gestürzt. Die große Koalition hat ihre Aufgaben erfüllt. Der Young-Plan ist angenommen, das Republikschutzgesetz ist unter Dach und Fach gebracht, der Notetat für das erste Quartal des neuen Haushaltsjahres bewilligt, der Abau der Sozialpolitik ist durchgeführt und das gesamte Finanzprogramm zur Durchführung des Young-Planes gesichert. Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratie mit dem Kapital hat zugunsten des Kapitals glänzend funktioniert. Die 21 Monate der „Herrschaft" des Kabinetts Müller waren ein einziger Rückzug vor den Forderungen des Kapitals, ein Rückzug, der nicht etwa durch heißen Kampf mit dem Kapital durch Niederlagen der Arbeiterschaft herbeigeführt wurden; es war vielmehr ein Zurückweichen ohne jeden Kampf, bei dem nur eine Drohung des arbeitsgemeinschaftlichen Partners der Deutschen Volkspartei genügte, um die Sozialdemokratie zum Nachgeben zu veranlassen. Dabei war die politische und parlamentarische Situation durchaus für die Sozialdemokratie günstig. Das deutsche Kapital mußte auf jeden Fall die von der Entente diktierte Revision des Dawes-Planes annehmen, weil ihm kein anderer Ausweg blieb. Ein Kampf gegen die Erfüllungspolitik war wirtschaftlich, politisch, militärisch vollkommen aussichtslos. Infolge dieser Situation konnte die Sozialdemokratie jederzeit mit dem Austritt aus der Koalition drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt wurden. Sie konnte sich dabei ganz ruhig darauf verlassen, daß die angedrohte Sabotage der Erfüllungspolitik durch die deutsche Landwirtschaft und Teile der Schwerindustrie auf keinen Fall Wirklichkeit werden würden. Der beste Beweis ist ja die jetzige Stellungnahme der Deutschnationalen zu dem Erfüllungskabinett Brüning, in welchem der Deutschnationale Treviranus das Außenministerium, dessen Aufgabe ja die Durchführung der Erfüllungspolitik ist, übersprünglich für sich beanspruchte. Statt dieser nach den Verhältnissen gegebenen Politik ließ sich die Sozialdemokratie durch die Drohung Hugenbergs und dessen nationalistischen Vorspanns Schrecken einjagen. Sie glaubte wirklich an eine Gefährdung der Republik, an eine Gefährdung der Reparationserfüllung, an einen ernsthaften Widerstand großer Kreise des deutschen Kapitals. Dadurch lieferte sie sich vollkommen dem von der Deutschen Volkspartei vertretenen Industriekapital aus, das sich immer wieder auf den Druck der nationalen Kreise berief und seine Zustimmung zur weiteren Unterstützung von immer neuen Zugeständnissen abhängig machte. Das Kabinett Müller befand sich daher in einem dauernden Krisenzustand, der von dauernden Kompromissen zugunsten der Arbeiterschaft begleitet wurde. Während dieser ganzen Periode mußte die Sozialdemokratie fortwährend die revolutionäre Arbeiterschaft unterdrücken. Während des größten Teiles der Regierungsdauer des Kabinetts Müller herrschte aus diesem Grunde der Ausnahmezustand. Es trat eine solche starke Stimmung der Arbeiterschaft gegen das Fortbestehen der Regierungskoalition ein, daß die Sozialdemokratie sich schließlich doch entschließen mußte, aus der Koalition auszutreten.